Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint wöchentlich sechs mal. Bezugspreis halbmonatlich 1.20 Mark, Einzelnummer 15 Pfg. Druck u. Verlag von C. Braus, Schwerte (Ruhr), Postscheckkonten: Dortmund 2852 und Hannover 21 874. Geschäftsstelle: Große Marktstr. 3—5. Verantwortlich für die Schriftleitung H. Linner, Schwerte. Fernruf 42.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Westholsener Zeitung, Iserlohner Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Anzeigen-Preise: Für die achtgespaltene Millimeterzeile 8 Pfg., Auswärtige 10 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. Für telefonisch aufgegebene Inserate übernehmen wir keine Gewähr. Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Anspruch auf Schadenersatz oder Nachlieferung erhoben werden.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde • Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. • Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 105 (Erstes Blatt) — Schwerte (Ruhr), Donnerstag, den 6. Mai 1926. — 59. Jahrgang.

Neues in Kürze.

Nachwehen des Ruhrkampfes.

wtb. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) In einer vertraulichen Aussprache im Haushaltsausschuß des Reichstages gab Ministerialdirektor von Brandt vom Reichsfinanzministerium eine Erklärung zur Abwicklung von Fürsorgemaßnahmen aus Anlaß des Einbruches in das Ruhr- und Rheingebiet ab. Ein Antrag, die Sache einem Unterausschuß zu überweisen, der überhaupt die Finanzierung des Ruhrkampfes im Einzelnen nachprüfen soll, wurde wegen der Aussichtslosigkeit und Aussichtslosigkeit der dem Unterausschuß zu übertragenden Arbeiten, abgelehnt.

Ratifikation des deutsch-litauischen Handelsvertrags.

Berlin, 5. Mai. Heute mittag um 12 Uhr sind, wie die KZ. meldet, die Ratifikationsurkunden des deutsch-litauischen Wirtschaftsabkommens vom 1. Juni 1923 ausgetauscht worden. Unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Abkommens werden neue Verhandlungen über ein neues Zoll- und Tarifabkommen zwischen Deutschland und Litauen beginnen. Der Ratifikation des Wirtschaftsabkommens kommt insofern besondere Bedeutung zu, als es eine wesentliche Belebung der deutsch-litauischen Wirtschaftsbeziehungen gestattet.

Uebergang der Seeschiffahrtsverwaltung auf das Reichsverkehrsministerium.

wtb. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Die Bearbeitung der Angelegenheiten der Seeschiffahrt ist am 1. Mai 1926 vom Reichswirtschaftsministerium auf das Reichsverkehrsministerium übergegangen. Die dem Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsministeriums bisher angehörenden amtlichen Stellen sind gleichfalls dem Reichsverkehrsministerium unterstellt worden.

Herbstmanöver der Reichswehr.

wp. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Einer Korrespondenz zufolge werden in diesem Jahre zum ersten Male nach einer Aufstellung der Reichswehr während der Herbstmanöver einzelne Divisionen gegeneinander üben.

Die tägliche Turnstunde.

wtb. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Der Reichstagsausschuß zur Förderung der Leibesübungen hielt in Anwesenheit der Vertreter der beteiligten Verbände heute eine Sitzung ab, in der Generalsekretär Dr. Diehm vom Reichsausschuß für Leibesübungen ein Referat über die tägliche Turnstunde hielt. Er erörterte dabei die Bedeutung einer solchen Einrichtung für die körperliche Kräftigung und die Charakterbildung. In einer ausgedehnten Aussprache ergab sich die einmütige Auffassung des Ausschusses für die tägliche Turnstunde.

Die Börsenumsatzsteuer.

wtb. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Antrag gestellt, die vom Reichsfinanzministerium im Verordnungswege vorgenommene Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer rückgängig zu machen und zugleich die Bestimmung des Kapitalsteuergesetzes, die das Finanzministerium zu solchen Verordnungen berechtigt, aufzuheben.

Die Bestimmungen für Untermieter.

wtb. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Der Wohnungsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Gesetzes zur Aenderung des Mieterschutzgesetzes fort. Das Recht des Mieters, die vom Vermieter verlangte Zustimmung zum Untervermieten durch das Mieteinigungsamt erteilen zu lassen, wurde aufrechterhalten, jedoch beschlossen, daß diese Befugnis des Mieteinigungsamtes sich auf die Fälle beschränkt, in denen der Untervermieter in den Mieträumen eine eigene Wirtschaft oder Haushalt führt.

Neuer Rückgang des franz. und des belg. Franken.

wtb. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Gegenüber den gestrigen Schlußkursen ist an den maßgebenden Auslandsplätzen ein erneuter Rückgang der beiden Frankenwährungen eingetreten. Paris notierte noch gegen 3/4 11 Uhr vormittags 152,60 gegen 149,50 und Brüssel 156,31 gegen 151,75 am Vortage.

Todesurteil im Irmscherprozeß.

wtb. **Frankenthal,** 5. Mai. (Tel.) Vom hiesigen Schwurgericht wurde heute der Separatistenführer Irmscher wegen dreifachen Mordes dreimal zum Tode unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Die Beisetzung Victor Napoleons.

wtb. **Paris,** 5. Mai. (Tel.) Nach einer Havasmeldung aus Brüssel, werden die sterblichen Ueberreste des Prinzen Victor Napoleon nach Italien übergeführt und dort beigesetzt werden.

Zum Nationalfest zu Ehren der Jungfrau v. Orleans.

wtb. **Paris,** 5. Mai. (Tel.) Eine Verfügung des Innenministeriums untersagt für das am kommenden Sonntag stattfindende Nationalfest zu Ehren der Jungfrau von Orleans in Paris alle öffentlichen Umzüge.

Rücktritt des polnischen Kabinetts.

wtb. **Warschau,** 5. Mai. (Tel.) Ministerpräsident Graf Skrzynski hat heute nachmittag dem Präsidenten der Republik den Rücktritt des Gesamtkabinetts unterbreitet. Der Präsident hat die Demission angenommen.

Vom deutschen Kreuzer „Hamburg".

wtb. **San Salvador,** 5. Mai. (Tel.) Der deutsche Kreuzer „Hamburg", der hier einen Besuch abstattete, ist von der Regierung herzlich empfangen worden und war während seines Aufenthaltes Gegenstand besonderer Aufmerksamkeiten, an denen auch die deutsche Kolonie regen Anteil nahm.

Die Flaggenverordnung unterzeichnet.

wtb. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Ueber die von der Reichsregierung geplante Verordnung über die Flaggenfrage fanden heute nachmittag ausgedehnte Besprechungen zwischen Reichsregierung und Führern der Regierungsparteien statt. Die Besprechungen haben zu keiner Einigung der Gegensätze geführt. Es wurde zwar erwogen, ob die Verordnung nicht vielleicht nur auf die deutschen Missionen in Uebersee beschränkt werden könnte, aber von beiden Seiten, sowohl von sämtlichen bei der Besprechung anwesenden Ministern Dr. Brauns, Dr. Marx, Dr. Külz, ebenso wie vom Reichskanzler und vom Reichsaußenminister wurde der einmal eingenommene Standpunkt aufrechterhalten. Insbesondere warnten die Vertreter des Zentrums und der Demokraten vor der beabsichtigten Aktion und auch bei anderen Parteien sollen, wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger hört, Bedenken vorliegen. Die Regierung wird nunmehr ihren Standpunkt in einem besonderen Exposé darlegen. Ueber eine etwaige Besprechung der Parteiführer mit dem Reichspräsidenten, von der hier und da im Reichstage verlautete, ist in maßgebenden Kreisen bisher nichts bekannt. Man hofft durch die Beschränkung auf die ausländischen Missionen zu einer Einigung zu kommen.

Im Zusammenhang mit dieser Frage beabsichtigen die Kommunisten ein allgemeines Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung einzubringen.

Reichsinnenminister Dr. Külz über die Flaggenfrage.

pw. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Reichsinnenminister Dr. Külz erklärte einem Mitarbeiter des Acht-Uhr-Abendblatts über die Flaggenverordnung: Die rechtliche Grundlage für die Flaggenverordnung ist ohne jede Frage gegeben. Es handelt sich lediglich um die Verwendung der in der Verfassung vorgesehenen Handelsflagge als Dienstflagge für die ausländischen deutschen Missionen. Dies sei ein reiner Verwaltungsakt des Reichspräsidenten, den auch schon der verstorbene Reichspräsident Ebert geplant habe. Die Verordnung bedeute eine Stärkung und Ausdehnung der verfassungsmäßigen Reichsfarben und sei weit eher ein Vorstoß gegen die alten Farben.

wtb. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Durch eine heute vom Herrn Reichspräsidenten vollzogene Verordnung ist in Ergänzung der Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921 bestimmt worden, daß die gesandtschaftlichen und konsularischen Behörden des Reiches an außereuropäischen Plätzen und an solchen europäischen Plätzen, die von Seehandelsschiffen angelaufen werden, künftighin neben der Dienstflagge der Reichsbehörden zu Lande (Schwarz-rot-gold mit dem Reichsadler) auch die verfassungsmäßige Handelsflagge führen. Gleichzeitig ist die Dienstflagge der Reichsbehörden zur See, um eine stärkere Betonung der Reichsfarben zu erzielen, durch eine schwarz-rot-goldene Gösch nach der Art der Handelsflagge ergänzt worden.

Die vorstehend gekennzeichnete Verordnung hat keine politische, sondern nur eine praktische Bedeutung. Sie schränkt die Verwendung der Reichsfarben bei den Auslandsbehörden nicht ein, bringt sie vielmehr durch Einführung der schwarz-rot-goldenen Gösch in die Dienstflagge der Reichsbehörden zur See verstärkt zur Anwendung. Die Verordnung ist veranlaßt worden durch den Umstand, daß nach den übereinstimmenden Berichten der in Frage kommenden deutschen Auslandsstellen die bestehende Verschiedenheit in den Flaggen der deutschen Handelsschiffe und der amtlichen Reichsvertretung als unerträglich empfunden wird. Sowohl vom amtlichen, wie von privaten Kreisen wird es als geboten bezeichnet, diese Verschiedenheit, die zu vielen Mißverständnissen und Unstimmigkeiten Anlaß gegeben hat, auszugleichen. Diesen Ausgleich will die Verordnung in erster Linie erreichen. Ferner soll aber die Verordnung dazu beitragen, die verständnisvolle Zusammenarbeit der Auslandsdeutschen mit den amtlichen Vertretungen des Reichs im Ausland, namentlich in Uebersee, zu fördern. Hier sind wegen dieser Flaggendifferenz vielfach Gegensätze aufgetreten, die den Interessen des Reiches und dem Ansehen des Deutschtums im Ausland abträglich sind. In dieser Beziehung soll die Verordnung eine Brücke bilden zu einer besseren Verständigung und einer engeren Zusammenarbeit am wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Der Attentatsplan auf Severing im Femeausschuß.

wtb. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Der **Femeuntersuchungsausschuß des preußischen Landtages** behandelte am Mittwoch in öffentlicher Sitzung den **Fall Grütte-Lehder.** Robert Grütte-Lehder ist bekanntlich wegen Ermordung des Spitzels Dammers zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Todesurteil konnte nicht ergehen, weil der Angeklagte bei Begehung der Tat erst 17 Jahre alt war.

Im Gerichtsverfahren hatte Robert Grütte-Lehder schwere Anschuldigungen gegen die völkischen Abgeordneten Kube und Wulle erhoben und behauptet, diese Abgeordneten hätten ihn zur Erschießung des Dammers ermutigt.

Abg. Körner (Völk.) wird im Ausschuß als Beobachter angehört, er hat eine Reihe von Beweisanträgen gestellt, die die Behauptungen des Grütte-Lehder als unwahr erweisen sollen. Den Ausschußverhandlungen wohnt auch der Oberstaatsanwalt vom Landgericht III bei. Der verurteilte Grütte-Lehder wird von 2 Kriminalbeamten aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt.

Im Zusammenhang führt dann der Zeuge Robert Grütte-Lehder aus: Von deutschnationalen Verbänden, bei denen ich eine kurze militärische Ausbildung erfahren habe, trat ich im Frühjahre 1923 zur deutschvölkischen Freiheitspartei über. Im Völkischen Parteibüro machte ich die Bekanntschaft des Oberleutnants a. D. Ahlemann. Bei Gelegenheit stellte mich Ahlemann dem Abg. Wulle vor. Der Haß und Fanatismus der Völkischen richtete sich damals besonders gegen den preußischen Innenminister Severing, von dem das Verbot der Völkischen ausgegangen war. Ahlemann geriet geradezu in Tobsuchtsanfälle, wenn er nur den Namen Severing hörtes Als ich ihn eines Tages direkt fragte, ob es der Sache dienlich sei, wenn ein Attentat auf Severing verübt würde, sah mich der Abg. Ahlemann sehr lange an und bemerkte wörtlich: „Nu, was werden die Juden brüllen!" Schließlich drückte er sich dahin aus, man müsse damit aber noch etwas warten und er wolle mit den Abgeordneten Wulle und von Graefe über diese Angelegenheit sprechen. Das Anerbieten an Ahlemann, ein Attentat auf Minister Severing auszuüben, konnte garnicht aus mir heraus entstehen. Ich kenne Minister Severing und seine Pläne garnicht, ich konnte kein Urteil über ihn haben, sondern nur das Vorurteil, welches durch die immer und immer wiederholten Anklagen der Parteiführer sich bei mir gebildet hatte. Ahlemann sagte mir eines Tages, es sei das beste, wenn der Umsturz, der doch kommen müßte, eingeleitet würde durch Attentate, die das Signal zum Losschlagen bildeten. Ahlemann äußerte sich dahin, das müsse gut aufgezogen werden. Ich sprach auch mit dem Abgeordneten Wulle über diese Angelegenheit, aber der Abgeordnete Wulle drückte sich sehr vorsichtig aus. Er sagte, ich müsse mit dem Leutnant von Tettenborn über diese Angelegenheit sprechen. Gemäß der von Ahlemann erhaltenen Weisung wendete ich mich an den Leutnant von Tettenborn, mit dem ich in 3 Unterhaltungen mich über den Attentatsplan gegen Severing besprach. Eine dieser Unterredungen fand im Parteibüro der Völkischen, eine zweite im völkischen Fraktionszimmer im Reichstage und bei dritte in einer Privatwohnung statt. Ich bemühte mich nun um ein Auto, welches mir zur Ausführung des Attentats notwendig erschien. Den Leuten, an die ich mich deswegen wandte, war der Zweck bekannt.

Ich teilte Ahlemann schriftlich und mündlich mit, daß ein Auto bereitstände. Ich entsinne mich auch eines Briefes an Wulle, in dem ich gleichfalls mitteilte, daß ein Auto für das Attentat bereitstand. Ich habe diesen Brief nicht durch die Post, sondern durch Böttcher befördern lassen. Als die Vorbereitungen soweit gediehen waren, stiegen mir doch gewisse Bedenken auf. Daher verließ ich Berlin. Mit den völkischen Abgeordneten stand ich jedenfalls immer in brieflicher Verbindung. Ich wohnte bei einem Major von Michael auf Rochow. Zum Verständnis für mein gesamtes damaliges Handeln muß ich immer wieder darauf hinweisen, daß ich mich in einem hohen Grade innerer Abhängigkeit gegenüber den völkischen Abgeordneten befand. Im Oktober 1923 kam der Abgeordnete Ahlemann auf meine Veranlassung nach Rochow. Er machte mir schon am Bahnhof lebhafte Vorwürfe und meinte, ich hätte in der bewußten Severing-Angelegenheit zu unvorsichtig nach Berlin geschrieben. Jetzt erhielt Leutnant Müller den Auftrag, eine Spezialtruppe zu bilden, die den Ministermord in die Tat umsetzen sollte. Nicht lange danach stellte sich heraus, daß der angebliche Leutnant Müller in Wirklichkeit Hans Dammers hieß und ein ganz gefährlicher Hochstapler und Spitzel war. Dammers drang in mein Zimmer ein und bemächtigte sich einer Anzahl wichtiger Dokumente, aus denen hervorging, daß völkische Abgeordnete hinter dem Severing-Mordplan als Protektoren standen. Am 13. November 1923 kam es dann zu der bedeutsamen Unterredung, in welcher die völkischen Abgeordneten Wulle und Kube mich bestimmten, den Verräter Dammers umzubringen. Ich berichtete, was vorgegangen war. Durch meine Mitteilung geriet der Herr Abgeordnete in Aufregung und rief sogleich Kube ins Zimmer. Dieser hatte kaum gehört, um was es sich handelte, als er ausrief: Da haben wir ja die Schweinerei! Wulle ließ es nicht an Vorwürfen fehlen. Er meinte, ich hätte mich doch für den Leutnant Hans Müller verbürgt und er ließ sogar erklären, daß ich durch mein ständiges Zusammensein mit Dammers selbst in den Verdacht käme, nicht ganz einwandfrei zu sein. Ich könnte aber das Vertrauen zu Müller wiederherstellen, wenn ich die Papiere zurückbrächte. Kube sagte, da muß etwas geschehen. Wulle erklärte, solche Leute müssen beseitigt werden. Ich fragte: Soll ich ein Rollkommando organisieren? Wulle erklärte, wie Sie das machen, das ist Ihre Sache. Wir als Abgeordnete können so etwas nicht angeben. Ich rief aus: Ich verstehe! Meine Herren, so fuhr Grütte-Lehder fort, wenn von Beseitigung die Rede ist, dann kann wirklich kein Mißverständnis mehr möglich sein. — Am 10. November nach der Tat begab ich mich wieder in das Parteibüro, wo zufällig wieder Leutnant Hildebrand und der Kaufmann Lütke anwesend waren. Ich unterrichtete sie von dem Geschehenen. Sie waren nicht etwa erstaunt, sondern drückten sich sogar gemein aus. Ich bitte mir zu erlassen, das hier wiederzugeben. Ich ging dann zu Wulle, dem ich von der Ausführung der Tat nicht in dieser bestimmten Richtung Kenntnis gab. Ich erklärte ihm aber, Müller alias Dammers komme nicht mehr wieder. Ich sagte ihm das in nicht mißzuverstehender Weise. Wenn es auch nicht gerade so war, daß mich der Abgeordnete dafür belobt hätte, war ihm doch deutlich anzumerken, daß ihm eine Sorge abgenommen war. Er war in sehr aufgeräumter Stimmung und fragte mich, was ich nun beginnen wollte. Ich war damit einverstanden als mir Wulle vorschlug, weiterhin in Rochow für die völkische Partei tätig zu sein. Wulle diktierte einen Ausweis für mich. Seither bin ich persönlich mit ihm zusammengekommen. Der Zeuge erklärt, er habe den Eindruck gewonnen, daß Oberstaatsanwalt Dr. Jäger das Verfahren gegen die Abgeordneten Kube und Wulle unterdrücken wollte. Der Zeuge schildert weiter seine Verhaftung und Wiederfreilassung, die erfolgte, weil man seinem Eingeständnis keinen Glauben schenkte und weil er sich selbst damals als phathalogischer Lügner hinstellte. Als das Auslieferungverfahren der preußischen Regierung schwebte, habe er durch einen Dritten von zwei Briefen der Abg. von Graefe und von Reventlow erfahren. In diesen Briefen hätten die Abgeordneten ihr Ehrenwort dafür gegeben, daß Grütte-Lehder die Tat aus politischen Gründen begangen habe. Grütte-Lehder führt weiter aus: Der Oberlehrer Dr. Kleist trat an ihm geeignet erscheinende junge Leute heran mit der Frage, ob sie nicht einen Kursus in militärischer Vorbereitung durchmachen wollten. Ich nahm an diesen Kursus teil. Wir haben im Freien, unweit einer regulären Reichswehrkavallerie-Abteilung, geübt. Die Offiziere haben sich gegenseitig begrüßt. Bevor wir aus dem Fort Hahneberg entlassen wurden, wurde uns von Hauptmann Stumpf eröffnet, daß diejenigen, die über das Fort Hahneberg Mitteilungen machten, kalt gemacht würden.

Nach Einzelheiten über die geplante Durchführung des Attentats auf Severing befragt, erklärte Grütte-Lehder, er wollte Severing, wenn er das Innenministerium verließ, im Auto erwarten. Kein Mensch in unseren Kreisen hätte das geringste Bedenken gehabt, diesen Mann umzubringen. Der Zeuge erklärt, die Behauptung Wulles, er habe den Grütte-Lehder höchstens einmal gesehen, sei eine Lüge. Der Zeuge bestätigt dann nochmals, daß er Wulle gegenüber keinen Zweifel über den ausgeführten Mord gelassen habe. Auf weitere Fragen erklärt Grütte-Lehder, der Name des Besitzers des Autos, das für das Severingattentat benutzt werden sollte, sei ihm nicht genannt worden. Geld hat der Zeuge nach Ausführung der Tat nicht bekommen. Der Zeuge teilt dann noch weiter mit, daß er in München von Mitgliedern des Bundes Oberland soweit unterstützt worden sei, daß er nach Wien reisen konnte. Die Namen der Münchener Geldgeber zu nennen, weigert sich der Zeuge; ebenso will er sich nicht äußern über jenen Fall der von von Dammers entwendeten Papiere, der einen Briefwechsel über Maschinengewehre darstellte. Er müsse darüber die Aussage verweigern, da er sich sonst strafbar machen würde. Nachdem der Zeuge noch auf Befragen erklärt hat, daß er nie von einer Mitschuld völkischer Abgeordneter an Fememorden gesprochen hat, wird seine Vernehmung vorläufig für beendet erklärt.

Der Ausschuß vertagte sich dann.

Die Fürstenabfindungsfrage.

Der preußische Finanzminister über die Fürstenauseinandersetzung.

wtb. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Der Hauptausschuß des preußischen Landtages begann heute die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums.

Nach einem kurzen Bericht des Berichterstatters nahm der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff das Wort. Er äußerte sich zunächst zu der Frage der Fürstenauseinandersetzung: Der preußische Staat habe sich seinerzeit zu einem Vergleich verstanden, obwohl dieser Vergleich dem Rechtsstandpunkt des Staates, wie er in der Denkschrift des Finanzministeriums niedergelegt ist, nicht gerecht geworden sei und zwar nur deshalb, weil damals mit einem Eingreifen des Reichsgesetzgebers nicht mehr zu rechnen war, und die Entscheidungen der Streitigkeiten dem Gericht nicht überlassen werden kann. Der Vergleich habe dem Landtag nicht vorgelegt werden können, weil inzwischen die Aktion im Reiche eingeleitet worden sei. Wenn der Reichsgesetzgeber im Lande die Ermächtigung geben würde, die Auseinandersetzung durch ein eigenes Gesetz zu regeln, so müsse das Land von dieser Ermächtigung Gebrauch machen, um den in der Denkschrift niedergelegten Rechtsstandpunkt des preußischen Staates zur Geltung zu bringen. Wenn der Reichsgesetzgeber die Auseinandersetzung durch ein Reichsgericht wolle, so müsse der preußische Staat darauf Wert legen, daß die Richtlinien für dieses Sondergericht dem preußischen Rechtsstandpunkt Rechnung trüge. Dieser Standpunkt habe er im Auftrage der preußischen Staatsregierung auch im Rechtsausschuß des Reichstages vertreten. Von einem illoyalen Verhalten ist daher nicht die Rede.

Deutscher Reichstag.

194. Sitzung des Reichstages.

vdz. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht des Rechtsausschusses über die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf vollständige

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Der Rechtsausschuß empfiehlt die Ablehnung beider Anträge und beantragt die Annahme einer Entschließung, in der die Reichsregierung ersucht wird, so schnell wie möglich den Entwurf zur Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichtshofes vorzulegen, um für Streitigkeiten, die in einzelnen Ländern über die Verletzung von staatsbürgerlichen, auf der Reichsverfassung gegründeten Rechten durch Maßnahmen der Verwaltungsbehörden entstehen können, einen geordneten Rechtsweg einzurichten.

Der Berichterstatter Abg. Hampe weist darauf hin, daß inzwischen durch die Aufhebung des bayrischen Ausnahmezustandes die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten gegenstandslos geworden sind. Er beantragt deshalb für seine Person Erledigung der beiden Anträge durch Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Buchmann (Komm.) führt aus: Trotz der formellen Aufhebung des Ausnahmezustandes verbiete verfassungswidrig die bayrische Polizeiregierung nach wie vor alle kommunistischen und oppositionellen Versammlungen und Kundgebungen.

Abg. Dr. Frick (NS.): bedauert die Abwesenheit des bayrischen Regierungsvertreters bei dieser Debatte. Der bayrische Ausnahmezustand sei zwar aufgehoben, aber die rechts- und verfassungswidrige Unterdrückung der Vereins- und Versammlungsfreiheit werde von der bayrischen Regierung fortgesetzt. Rechtswidrig sei Hitler das Reden sogar in geschlossenen Räumen verboten. (Ein Besucher der Publikumtribüne ruft laut: „Pfui". Die Reichstagsordnung [illegible]. Der Reichsinnenminister sollte beachtet werde. Gegen solche Verfassungsbrüche müßte der Rechtsweg beim Staatsgerichtshof offen stehen. Schleunige Abhilfe sei notwendig, darum müßte in Form eines Notgesetzes das angeregte Rechtsmittel geschaffen werden.

Die Weiterberatung wird hier unterbrochen durch die

Abstimmung über die Entschließung und den Antrag zu der gestrigen Bodenreformdebatte.

Die Entschließung, in der die Regierung um einen umfassenden Wohnungsbauplan ersucht wird, wird einstimmig angenommen. In namentlicher Abstimmung wird mit 237 gegen 141 Stimmen bei 33 Stimmenthaltungen der demokratische Antrag angenommen, der die Regierung um schleunige Vorlage eines Wohnheimstättengesetzes im Sinne des bodenreformerischen Entwurfes des „ständigen Beirats" ersucht. Dafür haben gestimmt die Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und das Zentrum, geschlossen dagegen die Wirtschaftliche Vereinigung. Die übrigen Fraktionen stimmten geteilt. Bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei stimmte die Mehrheit dagegen.

In der

Fortsetzung der Debatte über das bayrische Versammlungsrecht

spricht als nächster Redner Abg. Saenger (Soz.): Dem Befremden des Abg. Dr. Frick über die Abwesenheit des bayrischen Gesandten schließe ich mich an. Dieser Gesandte findet sich hier nur offenbar ein, wenn er sich verpflichtet fühlt im Namen der bayrischen Regierung Reichstagsabgeordnete zur Ordnung zu rufen. Auch ein Beistoß gegen Verfassungs- und Vereinsrecht gehen zurück auf das Regime des Herrn von Kahr. Herr von Kahr erklärte seinerzeit, er verbanke sie überhaupt nicht mit der Reichsregierung.

Er war es der unter Bruch der Reichsverfassung Reichsgesetze außer Kraft setzte. (Hört! Hört! links), der den steckbrieflich verfolgten Korvettenkapitän Ehrhardt damit beauftragte einen Kriegszug gegen die Reichsregierung in Berlin zu inszenieren (Hört. Hört! links) und dieser Herr von Kahr ist heute der oberste Verwaltungsrichter des Freistaates Bayern. (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Um Verfassungs- und Vereinsrecht kümmert sich die bayrische Regierung überhaupt nicht. Zur Aufrechterhaltung dieser Rechte des Ausnahmezustandes in Bayern besteht kein Bedürfnis. Die bayrischen Kommunisten sind so brav, daß sie den Staat nicht gefährden. Die Völkischen haben die gegenwärtige bayrische Regierung solange protegiert, wie sie gegen die Marxisten zu gebrauchen waren.

Abg. Dr. Frick hat freilich kein Recht sich über mangelhaftes Entgegenkommen zu beklagen. Ein Beamter, der des Hochverrates überführt und rechtskräftig verurteilt ist, der aber trotzdem noch aktiver Staatsbeamter des Freistaates Bayern sein darf, ist nur in Bayern möglich. (Hört! Hört! links.)

Abg. Stoecker (Komm.): Bezeichnend für die Einschätzung des Reichstages ist die Abwesenheit nicht nur des bayrischen Gesandten, sondern auch des Reichsinnenministers. Der könne sich offenbar deshalb nicht um die Zustände in Bayern kümmern, weil er mit verfassungswidrigen Flaggenerlassen beschäftigt sei. Damit ist die Aussprache beendet. Die Anträge der Kommunisten und

Sozialdemokraten werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Die Entschließung des Ausschusses wird angenommen.

Abg. Dr. Wegemann (Ztr.) berichtet dann über die Beratungen des Rechtsausschusses zur Frage einer

Milderung der sogenannten Abtreibungsparagraphen.

Sie hatten die Einfügung eines Paragraphen beantragt: Die in den §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches bezeichnete Handlungen sind nicht strafbar, wenn sie von einem staatlich anerkannten (approbierten) Arzt innerhalb der ersten 3 Monate der Schwangerschaft vorgenommen worden sind. Der Ausschuß hat diesen Antrag abgelehnt und an Stelle der §§ 218, 219 und 220 folgenden neuen Paragraphen 218 beantragt: Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet oder die Tötung durch einen anderen zuläßt, wird mit Gefängnis bestraft. Ebenso wird ein anderer bestraft, der eine Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet. Der Versuch ist strafbar. Wer die Tat ohne Einwilligung der Schwangeren oder gewerbsmäßig begeht, wird mit Zuchthaus bestraft. Ebenso wird bestraft, wer einer Schwangeren ein Mittel oder Werkzeug zur Abtreibung der Frucht gewerbsmäßig verschafft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter 3 Monate ein.

Abg. Frau Agnes (Soz.) tritt für den ursprünglichen sozialdemokratischen Antrag ein. Die furchtbare wirtschaftliche Not zwinge einfach die Frauen der Armen dazu, die Schwangerschaft zu unterbrechen, weil sonst die übrigen Kinder nicht ernährt werden könnten.

Abg. Dr. Barth (DN.) bekämpft den Ausschußvorschlag. Selbst nichtchristliche Staaten, wie Japan, bestrafen die Abtreibung scharf. Wenn der Vorschlag des Ausschusses Gesetz werde, hätten wir mit einer maßlosen Zunahme der Abtreibungen zu rechnen, es werde eine wahre Seuche ausbrechen. Der deutsche Aerztetag habe sich einmütig gegen den Fortfall der Abtreibungsparagraphen ausgesprochen. (Zurufe links.) Gegenüber dem Hinweis auf die soziale Lage müsse er daran erinnern, daß es auch in früheren Zeiten in Deutschland sehr knapp hergegangen sei. Die Deutschnationalen lehnten den sozialdemokratischen Antrag, wie auch den Ausschußvorschlag ab.

Abg. Dr. Bockius (Ztr.) erklärt, daß seine Partei den Ausschußentwurf ablehne (Hört! Hört! links), nicht nur aus dem formalen Grunde, daß hier von einem allgemeinen neuen Strafgesetzbuch eine einzige Materie geregelt werden soll, sondern auch nur aus dem materiellen Grunde, weil der Ausschußentwurf die Vorstufe zur völligen Abschaffung der Abtreibungsbestrafung sei. (Unruhe links.)

Abg. Kahl (DN.) weist den Vorwurf zurück, daß seine Partei kein Verständnis für die soziale Lage habe. Zweifellos lägen hier schwere soziale Mißstände vor, aber das Mittel zu ihrer Beseitigung sei nicht die Tötung, sondern Staat und Gesellschaft müßten ausgleichend und helfend eingreifen. Das waltende Recht sei aber mangelhaft. Bei der reichen Skala der Motive der Abtreibungen müsse dem Richter Freiheit im Strafmaß gegeben werden. Redner empfiehlt die Annahme des Ausschußantrages als vorläufig beste Regelung.

Abg. Frau Lüders (Dem.) schließt sich namens ihrer Partei den Ausführungen des Vorredners an. Es gälte schwere Härten zu mildern und darum stimmen die Demokraten dem Ausschußantrag zu. Völlige Straffreiheit sei ausgeschlossen, aber die heutige harte Gesetzgebung könne nicht beibehalten werden.

Nunmehr vertagte sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr: Kleinere Vorlagen, Fürstenenteignung, Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 6 Uhr.

Politische Umschau

Der Kölner Besuch der amerikanischen Hotelbesitzer.

wtb. **Köln,** 5. Mai. (Tel.) Die heute nacht hier eingetroffenen amerikanischen Hotelbesitzer besichtigten vormittags auf Rundfahrten die Sehenswürdigkeiten der Stadt. Mittags gab ihnen die Stadt im großen Saal des Gürzenich ein Frühstück, in dessen Verlauf Oberbürgermeister Dr. Adenauer namens der Stadt die Gäste als Träger einer Industrie begrüßte, die wie keine andere die Völker verbinde. Im Namen der amerikanischen Gäste dankte der Zweite Vorsitzende des amerikanischen Hotelbesitzerverbandes Thierney; sie freuten sich, Deutschland und Köln wieder blühend wie vor zwölf Jahren wiederzusehen; er und seine Freunde seien heute wie damals von dem ihnen in Deutschland und besonders in Köln bereiteten Empfang begeistert. Namens der übrigen Gäste dankte der Schweizer Hotelbesitzer Angst in herzlichen Worten. Zum Schluß sprach der Vorsitzende des Internationalen Hotelbesitzervereins, Trulßon-Schweden, dessen Rede besonders der gastgebenden Stadt Köln galt. — Nach dem Frühstück brachte ein Sonderzug die Gäste nach Boppard, von wo aus sie mit dem neuen Rheindampfer „Rheinland" nach Mainz weiterfuhren.

Politische Zusammenstöße.

wp. **Xanten,** 5. Mai. Zu schweren Ausschreitungen kam es hier zwischen Reichsbanner- und Stahlhelmleuten. Mehrere Ortsgruppen des Reichsbanners hatten sich zu einer Kundgebung zusammengefunden. Nach einem Zug durch die Stadt kam es in einer Wirtschaft mit rechts gerichteten jungen Leuten, die dem Stahlhelm nahestehen, zu einer schweren Schlägerei. Mehrere Stahlheimleute wurden durch Bierflaschen und Stühle erheblich verletzt. Auch am Strandfest der Stadt Xanten am Rhein kam es zu Prügeleien zwischen den Reichsbannerleuten und ihren Gegnern, durch die das Fest vollständig gestört wurde.

Die Landwirtschaftskredite.

wtb. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages fand eine ausgiebige Erörterung der Frage der Kreditgewährung für die Landwirtschaft statt. Angenommen wurde ein Antrag des Abg. Thomsen (DN.), der die Reichsregierung ersucht, gemeinsam mit der Reichsbank und der Rentenbank-Kreditanstalt dahin wirken zu wollen, daß die von der Golddiskontbank zum Zwecke der Umwandlung der kurzfristigen Verschuldung der Landwirtschaft in langjährigen Realkredit mit einer Summe von zunächst 250 Millionen Mark eingeleiteten Maßnahmen weiter ausgestaltet werden und daß durch tunlichste Vereinfachung des Verfahrens die großen Erschwerungen bei der Begebung der Kredite beseitigt werden.

Der neue Vorstand der Zentrumsfraktion.

wp. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Laut Germania wurden gestern von der Zentrumsfraktion des Reichstages zu Mitgliedern des Vorstandes der Fraktion folgende Abgeordnete gewählt: Bell, Esser, Giesberts, Herold, Joos, Klöckner und Ulitzka.

Die Beisetzung des Gesandten Dr. Pfeiffer.

wtb. **München,** 5. Mai. (Tel.) Die Leiche des Gesandten Dr. Pfeiffer wird nach der heute nachmittag im Südfriedhof erfolgten feierlichen Aussegnung morgen nach Speyer übergeführt werden, wo voraussichtlich am Freitag die Beisetzung im Familiengrabe stattfinden wird.

Neue Kriegsmaßnahmen Abd el Krims.

wtb. **Paris,** 5. Mai. (Tel.) Wie eine Meldung des Matin aus Tanger besagt, haben Eingeborene, die aus dem Rifgebiet gekommen seien, erklärt, Abd el Krim habe Befehl erteilt, alle kriegstüchtigen Männer einzuberufen. Die hauptsächlichsten Notabeln des Rifgebiets, die nach Targuist berufen worden seien, seien eiligst wieder in ihre Bezirke zurückgekehrt. Starke reguläre Rifkontingente marschierten in Richtung auf Tetuan und Schaschauen. Khaled, der Sohn Raisulis, habe den Befehl über die in den Gebirgen wohnenden Dscheballas übernommen, Kerino den Befehl an der französischen Front.

Aus den Parteien.

Der Industrieausschuß der Deutschnationalen Volkspartei, Landesverband Düsseldorf-Ost,

veranstaltete am 1. Mai eine gutbesuchte Tagung. Justizrat Dr. Wesenfeld-Barmen eröffnete dieselbe mit Worten der Begrüßung. Als erster Referent sprach der Vorsitzende des Steuerausschusses des Reichstages, Abg. Dr. Obersohren, über „Finanz- und Steuerpolitik vom deutschnationalen Standpunkt".

Er führte zu Anfang seines 1½stündigen außerordentlich fesselnden Vortrages aus, daß die deutschnationale Volkspartei schwere Vorwürfe zu ertragen gehabt habe, die zu starken Verwirrungen geführt hätten. Vor allem werfe man dem deutschnationalen Finanzminister Schlieben vor, daß er Steuern weit über den Bedarf hinaus erhoben habe, wodurch die Wirtschaft aufs schwerste gefährdet worden sei. Der Referent ging auf diese Vorwürfe des näheren ein und bemerkte, daß es allerdings ein kapitalfehler erster Klasse sei, über den Bedarf hinaus die Steuerkraft des Volkes in Anspruch zu nehmen. Ein Ueberschuß sei schlimmer als ein Unterschuß, da er zu sinnlosen Ausgaben usw. Anreiz gebe. Es müsse stets Aufgabe vom deutschnationalen Standpunkt aus sein, Steueraufkommen und Bedarf auszugleichen. Wie stehe es nun mit dem viel beanstandeten Ueberschuß. Es sei Tatsache, daß derselbe in der Zeit vor der Tätigkeit des deutschnationalen Ministers Schlieben seine Quelle habe. Man könne ihn und seine Partei aber nicht verantwortlich machen für das, was vor dem Eintritt in die Regierung geschehen sei. Durch die Ermächtigungsgesetze und die aus ihnen entstandenen Steuernotverordnungen von 1923 sei eine Regelung des Steuerwesens erfolgt, die in der Tat bis auf den heutigen Tag katastrophal wirke. Abg. Dr. Obersohren beleuchtete die einzelnen Stufen der Entwicklung und erinnerte vor allem daran, daß man doch sogar Einkommensteuern ausschrieb selbst für den Fall, daß Einkommen überhaupt nicht vorhanden war. Die damalige Regierung habe sich zwar in einer Zwangslage befunden, das dürfe aber nicht daran hindern, den Nachweis zu führen, woher der Ueberschuß, der dem deutschnationalen Minister zum Vorwurf gemacht werde, herkomme. Er liege in der Ermächtigungsgesetzgebung, die vom Reichstag beschlossen wurde ausschließlich Deutschnationale Volkspartei und Kommunisten, liege in den Steuernotverordnungen der Regierung Marx. Diesen Tatsachen gegenüber falle die fanatische Hetze, wie sie gegen den Minister Schlieben und die Deutschnationale Volkspartei betrieben werde, in sich zusammen. Der Referent erörterte sodann die letzten steuer- und finanzpolitischen Vorgänge.

Der neue Finanzminister Reinhold habe die Parole der Steuersenkungen ausgegeben. So behaupte man also, daß Schlieben die Steuern heraufgesetzt und die Wirtschaft gefährdet habe, Reinhold jedoch die Steuern herabsetze, also der Wirtschaft helfe. Demgegenüber wies der Redner nochmals darauf hin, daß Schlieben noch unter der Herrschaft der Ermächtigungsgesetze und Steuernotverordnungen habe arbeiten müssen, daß dann aber unter seiner Leitung die neue Steuergesetzgebung zustande kam mit der Ermäßigung der Umsatzsteuer und anderen Vergünstigungen, z. B. beim Steuerabzug vom Lohn. Bei der Steuergesetzgebung von 1925 sei zum ersten Male wieder der Satz aufgestellt worden, daß trotz aller Notlage die Möglichkeit zur Kapitalbildung gegeben werden müsse, das sei außerordentlich wichtig auch für die breiten Massen, ferner daß bei einer Besteuerung von 33⅓ Proz. der Höchststand einer tragbaren Besteuerung erreicht sei; während bis dahin doch Besteuerungen von 60 Prozent vorhanden gewesen seien. Schlieben habe die sinnvolle organische Reduzierung der Steuern im Auge gehabt.

Abg. Dr. Obersohren schilderte dann die Stellung der Partei zu den Steuermilderungsplänen des jetzigen Finanzministers. Sie habe diesen Plänen gegenüber eine gewisse Zurückhaltung geübt und sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Die Partei habe gesagt, sie sei bereit, die Steuern zu mildern, aber sie wolle bessere Wege zu einem organischen Abbau. Das sei der große Erfolg bei der Steuergesetzgebung von 1925 gewesen, daß ein harmonischer Ausgleich zwischen indirekten und direkten Steuern erreicht worden sei. Von diesem damals eingerichteten Normalverhältnis habe der neue Finanzminister sich aber abgekehrt. Wenn man Steuern reduzieren wollte, so hätte man, bevor man die Umsatzsteuer vorweg nahm, zunächst andere Dinge in Angriff nehmen müssen, so wären z. B. die Einkommen in den mittleren Lagen viel zu stark belastet. Man hätte auch noch andere Härten in den bestehenden Gesetzen beseitigen können. Wenn Geld überflüssig gewesen sei, so hätte man neun Zehntel des deutschen Volkes glücklich machen können, wenn man an die ungerechteste aller Steuern, die Hauszinssteuer, herangegangen wäre. Der Redner wies dann darauf hin, daß im Laufe der Parlamentsverhandlungen schließlich eine totale Umkrempelung des Steuerprogramms unter dem Druck der Opposition stattgefunden habe, ein Beispiel dafür, daß auch die Opposition Erfolge erringen könne. Zum Schluß erörterte Abg. Obersohren noch kurz besondere Erfolge der Steuerpolitik von 1925. Ein großer Erfolg sei darin zu erblicken, daß in der Steuergesetzgebung am Eigentumsbegriff festgehalten worden sei; dieses Festhalten am Eigentum sei nach deutschnationalem Standpunkt die Grundlage aller Kultur. Ferner sei in dieser Gesetzgebung wieder festgelegt, daß die Steuer vom Ertrage, nicht aber von der Substanz zu erheben sei; schließlich sei festzustellen, daß das hervorragende Standardwerk das Reichsbewertungsgesetz sei, die Bewertung sei das Kernstück der Besteuerung.

Als zweiter Referent sprach Landtagsabg. Dr. von Waldthausen über die politische Lage in Preußen. Er schilderte die parlamentarischen und Parteiverhältnisse im preußischen Landtag, wie sie sich seit der Neuwahl herausgebildet haben, er erörterte ferner die Möglichkeiten einer Regierungsumbildung und beleuchtete sodann vom deutschnationalen Standpunkt aus die beabsichtigte neue Städteordnung, das Verwaltungsanwaltsgesetz, das Umgemeindungsgesetz, das zweifellos noch weitere Kreise ziehen werde, die Vorgänge bei der Verhandlung und der Abstimmung über das Hauszinssteuergesetz und zeichnete sodann noch ein treffendes Bild der sogenannten Untersuchungsausschüsse. Zum Schluß wies der Referent noch nach, daß es in wirtschaftspolitischer Beziehung neben anderem darauf ankomme, die Stärkung des inneren Marktes weiter zu fördern, daß vor allem die deutsche Landwirtschaft zu stärken sei, da sie für die Industrie die stärkste Abnehmerin sei. Mit einem Appell zu weiterer tatkräftiger politischer Arbeit schloß der Redner.

Beiden Referenten dankte die Versammlung durch starken Beifall. Nach einer anregenden Aussprache fand die Tagung ihr Ende.

Der Generalstreik in England.

wtb. **London,** 5. Mai. (Tel.) Die Regierung teilt mit, daß Freiwillige in riesigen Mengen ihrem Rufe Folge leisten. Der Kanalverkehr Calais—Dover ist gestern mittels einem Passagierschiff und zweier Frachtdampfer aufrechterhalten worden. — Es wird geschätzt, daß in Hull 25 000 Arbeiter streiken. In Cardiff erscheinen die Mittagblätter, während von den Londoner Morgenblättern bis 3 Uhr noch keine erschienen ist. — Die Passagiere des gestern aus Neuyork in Southampton angekommenen Dampfers „Mauretania" wurden in Kraftwagen nach London befördert. Aus Cork wird gemeldet, die Verluste infolge der Nichtausfuhr von Vieh, Eier und Butter werden auf 100 000 Pfund pro Woche geschätzt. Weitere Meldungen besagen: In Liverpool haben zwei Kriegsschiffe Lebensmittel gelandet. In Bristol war der Straßenbahn- und Autobusdienst in vollem Gange. Auf den Docks ruht die Arbeit, doch werden Vorkehrungen getroffen, um das Löschen der leicht verderblichen Ware zu treffen.

Die Stadtuntergrundbahn in London ist verstärkt worden. Von dem Zentralbahnhof in London gehen alle 6 Minuten Züge ab. In den Provinzstädten findet ein Teilverkehr mit Straßenbahn und Omnibus statt. Der Eisenbahnverkehr nach Manchester, Norwich, York, Southampton, Bournemouth und Margate und nach anderen bedeutenden Plätzen ist in beschränktem Umfange aufrecht erhalten. Bisher sind 8 Theater geschlossen worden. Heute vormittag fand unter dem Vorsitz Baldwins ein Kabinettsrat statt, der, wie verlautet, sich mit den Notmaßnahmen der Regierung befaßte.

Ausschreitungen in London.

wtb. **London,** 5. Mai. (Tel.) Nachdem der gestrige Tag ohne Ruhestörungen verlaufen war, kam es abends in den östlichen Bezirken Londons zu Ausschreitungen. Autos und Lastwagen wurden verschiedentlich von jungen Burschen angehalten und die Insassen gezwungen, auszusteigen. Als im Laufe des Abends die Polizei verstärkt wurde, nahmen die Feindseligkeiten der Menge zu. Die Polizei machte infolgedessen mehrere Angriffe mit Knüppeln. Zahlreiche Personen wurden ins Krankenhaus gebracht. Den Ausschreitungen des Pöbels fiel ein sehr wertvolles Auto zum Opfer, das gänzlich zerstört wurde. In einem anderen Falle wurde ein Lastauto in Brand gesteckt und eine Feuerspritze am Weiterfahren verhindert.

Die Haltung der deutschen freien Gewerkschaften.

wtb. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) In einer gemeinsamen Konferenz, die der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit den Vorständen des Bergarbeiterverbandes, des Verkehrsbundes, des Einheitsbands der Eisenbahner Deutschlands und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes abhielt, wurde die Frage der Unterstützung der englischen Arbeiter in ihrem gegenwärtigen Kampfe eingehend erörtert. Die Konferenz war der einmütigen Auffassung, daß von seiten der deutschen Gewerkschaften alles getan werden müsse, die englischen Gewerkschaften bei der Durchführung des Kampfes zu unterstützen. Die Konferenz beschloß einstimmig, durch die beteiligten Organisationen die Bebunkerung englischer Schiffe in deutschen Häfen zu verweigern sowie die Anmusterung deutschen Personals für englische Schiffe zu verhindern und in jeder Weise dahin zu wirken, daß ein Transport deutscher Kohle nach englischen Häfen unterbleibt. Die beteiligten Organisationen haben bereits die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Automobil-Unglücksfälle.

wp. **Bous,** 5. Mai. Heute nachmittag kurz nach 2 Uhr ereignete sich hier ein entsetzliches Unglück. Der Vertreter Ludwig Horbach aus Bous, ein Mann von 50 Jahren, Vater von 4 Kindern, wurde in der Nähe Gaswerkes auf einem Fahrrad von einem Lieferwagen erfaßt, daß nach Aussagen eines Augenzeugen mit einer Geschwindigkeit von etwa 40 Klm. fuhr. Der Kraftwagen hielt nicht, sondern drückte den Radfahrer beiseite, der mit seinem Rade zwischen die Räder des Kraftwagens geriet und etwa 300 Meter mitgeschleift wurde. Ein Augenzeuge berichtet, daß der Wagen noch Vollgas gegeben habe, vermutlich um zu entkommen. Ein in einem Auto vorfahrender Arzt wurde vermutlich durch das Gerassel des mitgeschleiften Rades auf das Unglück aufmerksam und veranlaßte den nachfolgenden Lieferwagen zum Halten, sodaß die gräßlich zugerichtete Leiche unter den Rädern hervorgeholt werden konnte. Die Polizei war sofort zur Stelle und nahm den Wagenführer fest.

wtb. **Kassel,** 5. Mai. (Tel.) Auf der Strecke Hannover-Münden fuhren im Nebel zwei kurz hintereinander fahrende von Hannover-Münden nach Kassel laufende Autos in einer Kurve auf einen von Kassel kommenden Straßenwagen auf. Alle drei Autos wurden zertrümmert. Einer der Fahrer wurde sofort getötet, sieben andere Personen schwer verletzt. Zwei Tage vorher hatte sich an der gleichen Stelle ein Kraftwagenunglück dadurch ereignet, das gleichfalls zwei Kraftwagen aufeinanderfuhren, wobei ein Kasseler Bäckermeister schwer, drei andere Mitfahrer leicht verletzt wurden.

wp. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Bei dem badischen Orte Seelbach fuhr ein Kaufmann aus Seelbach mit seinem Motorrad, auf dem noch seine beiden Kinder von 14 und 15 Jahren saßen, gegen einen Radfahrer. Dieser wurde gegen eine Kirchhofsmauer geschleudert und getötet. Der Motorradfahrer erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, während die Kinder mit geringeren Verletzungen davonkamen.

Aus Nah u. Fern.

Neuer französischer Eingriff.

wp. **Birkesdorf** b. Düren, 5. Mai. Während die französischen Kreisdelegierten in den jüngsten Jahren den Gebrauch von Schußwaffen bei Schützenfesten anstandslos genehmigten, wurde bei dem ersten Schützenfest, das im Kreise Düren in diesem Jahre stattfand, der Gebrauch von Schußwaffen verboten. Die in Düren ansässige französische Besatzung hat das Gesuch der Schützengesellschaft Huchem-Stammeln ohne Angabe von Gründen abgelehnt.

Ein Todesurteil.

wtb. **Frankfurt a. M.,** 5. Mai. (Tel.) In dem Prozeß wegen der Ermordung des Kriminalbeamten Sack wurde der Angeklagte Gens wegen gemeinschaftliches Mordes in Tateinheit mit versuchten schweren Raubes zum Tode und zu daerndem Ehrverlust, und der Angeklagte Corty zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Corty wurde eine fünfjährige Bewährungsfrist zugebilligt.

Ein Eisenbahnwärter verurteilt.

wp. **Berlin,** 5. Mai. (Tel.) Wegen fahrlässiger Körperverletzung wurde gestern der B. Z. am Mittag zufolge der Weichensteller Brauner von dem Dresdener Schöffengericht zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt. Brauner hatte durch falsche Weichenstellung seinerzeit das Eisenbahnunglück in Wülknitz bei Riesa, bei dem viele Personen getötet und mehrere schwer verletzt wurden, verursacht.

Familiendrama.

wtb. **Hamburg,** 5. Mai. (Tel.) Nach einer Blättermeldung aus Ratzeburg fand man dort den Briefträger Prueß, seine Frau und seine drei Kinder tot auf. Prueß hatte seinen Kindern und seiner Frau Frau nach Betäubung durch Gas die Kehle durchschnitten und schließlich sich selbst durch Einatmen von Gas betäubt. Prueß werden dienstliche Verfehlungen zur Last gelegt, die aber dem Vernehmen nach nur gering sein sollen.

Schwerer Zusammenstoß bei einer Wohnungsräumung.

wtb. **Leipzig,** 5. Mai. (Tel.) Der Kaufmann Zils, der gestern seine Wohnung in Knautkleeberg gemäß Gerichtsbeschluß räumen sollte, gab auf die Gendarmeriebeamten, als sie zur Oeffnung der Wohnungstüre aufforderten, mehrere Schüsse ab und verletzte einen Kommissar am linken Oberarm und einen Hauptwachtmeister durch einen Bauchschuß. Er selbst wurde durch einen Bauchschuß schwer verletzt. Die Verletzten wurden dem Krankenhaus in Leipzig zugeführt.

Frauenpolizei in Dresden.

* **Dresden,** 4. Mai. Das sächsische Ministerium des Innern hat eine Verordnung erlassen, wonach zunächst versuchsweise bei dem Dresdner Polizeipräsidium eine Frauenpolizei errichtet wird. Es sollen nur Frauen eingestellt werden, die mindestens 28 Jahre alt sind, für diesen Beruf die notwendigen körperlichen und seelischen Eigenschaften haben und über eine gute Bildung verfügen. Die Anstellung erfolgt zunächst auf Privatdienstvertrag. Die weiblichen Polizeibeamten sollen nicht nur in der sogenannten Sittenpolizei tätig sein, sondern auch zur Bearbeitung solcher Kriminalfälle herangezogen werden, an denen Kinder und Frauen beteiligt sind.

Leichenschändung.

wtb. **Rothenburg** (Ob. Lausitz), 5. Mai. (Tel.) Eine Grab- und Leichenschändung wurde in der Nacht vom 3. zum 4. Mai in Zibelle im Kreise Rothenburg verübt. Dort wurde die Leiche einr vor drei Wochen verstorbenen 57jährigen Frau ausgegraben. Der Sargdeckel war abgeschraubt und die Leiche in unmenschlicher Weise geschändet.

Verhaftungen wegen der heimlichen Einschiffung von Arabern.

wtb. **Paris,** 5. Mai. (Tel.) Wie Havas aus Algier meldet, hat die Sicherheitspolizei 12 Eingeborene und einen Europäer verhaftet, die in die Angelenheit der heimlichen Einschiffung von Arabern, die an Bord des Dampfers Sidi Ferruck entdeckt wurden, verwickelt sind.

Versuchtes Eisenbahnattentat.

wtb. **Paris,** 5. Mai. (Tel.) Wie dem Petit Parisien aus Metz gemeldet wird, ist der Versuch gemacht worden, die Eisenbahnstrecke zwischen Petite Roselle und Forbach an einer Stelle zu sprengen. Man nimmt an, daß die Täter einen Zug zum Entgleisen bringen wollten, um ihn dann auszuplündern.

Großfeuer im Rotterdamer Hafen.

wtb. **Rotterdam,** 5. Mai. (Tel.) Im südlichen Teile des hiesigen Rheinhafens brach gestern abend ein gewaltigeer Brand aus, dem außer einem großen Vorratsspeicher und verschiedenen anderen Gütern auch 4000 To. Chile-Salpeter vollständig zum Opfer fielen. An der Bekämpfung des Brandes betätigen sich achtzehn Löschdampfer. Infolge der durch den Brand entwickelten Gase ereigneten sich mehrere Explosionen, durch welche vier Mitglieder der Löschmannschaften schwer verletzt wurden. Der Schaden wird auf rd. 1 Million Gulden geschätzt.

Die letzten Meldungen durch Funkspruch.

(Eingegangen am 6. Mai 1926 von 1—3 Uhr nachts)

Blutige Zusammenstöße bei einer Wahlversammlung.

wtb. **Herne,** 5. Mai. (Funkspruch.) Gestern abend kam es während einer Wahlversammlung der Nationalsozialisten im Handelshof in Wanne-Eickel zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen Linksradikalen und Angehörigen der nationalsozialistischen Partei. Wie verlautet, wollte ein Nationalsozialist seine Pistole, die er in der Tasche trug, entsichern, wobei sich die Waffe entlud und mehrere Personen verletzte. Darauf setzte eine allgemeine Schlägerei und Schießerei ein, in deren Verlauf es mehrere Schwer- und Leichtverletzte gab. 5 der Verletzten mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Demonstration des Reichsbanners in Berlin gegen die neue Flaggenverordnung.

wtb. **Berlin,** 6. Mai. (Funkspruch). Gestern abend 8 Uhr fand die angekündigte Protestkundgebung gegen die neue Flaggenverordnung statt. Der Aufmarsch der Teilnehmer — es mögen etwa 10—12 000 Personen teilgenommen haben — sowie die Versammlung selbst vollzogen sich in größter Ruhe. Nach Ansprachen einiger Abgeordneter der Demokratischen, der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei löste sich die Versammlung wieder auf. Der Abmarsch der Teilnehmer ging in größter Ordnung vor sich.

Weitere Ausschlüsse aus der KPD.

bb. **Berlin,** 5. Mai. (Funkspruch.) Wie eine Korrespondenz erfährt, hat das politische Büro der KPD. am gestrigen Mittwoch den Beschluß gefaßt, zwei weitere Abgeordnete, nämlich die Abgg. Lossau und Lockinger, die beide rheinische Wahlbezirke vertreten, auszuschließen. Als Grund für diese Maßnahmen wird angegeben, daß beide zusammen mit Iwan Katz gegen die Zentrale der Partei gearbeitet hätten.

Die Untersuchung wegen der Verunstaltung des Schlageter-Grabmals.

wtb. **Schönau** (Wiesenthal), 5. Mai. (Funkspruch.) Zu der Schändung des Schlageter-Grabmals wird folgendes mitgeteilt: Die Erhebungen am Tatort, die unter Führung des Amtsgerichts Schönau von der hiesigen Gendarmerie unter Hinzuziehung des Erkennungsdienstes in Freiburg vorgenommen wurden, sind abgeschlossen. Verschiedene Spuren, die als Anhaltspunkte für eine weitere Verfolgung dienen werden, sind festgestellt worden. Ueber den Umfang des Ergebnisses der bisher noch betriebenen Verfolgung der Täter ist bis jetzt noch nichts bekannt. Die in zahlreichen Zeitungen angeführte Vermutung, die Täter seien im Auto weggefahren, entbehrt jeder Grundlage und auch jeder Wahrscheinlichkeit. Die Stadtgemeinde Schönau hat eine beträchtliche Belohnung auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Eröffnung der Luftlinie Paris-Hamburg-Kopenhagen.

wtb. **Paris,** 6. Mai. (Funkspruch). Nach einer Meldung aus dem Lufthafen Le Bourget ist die Luftlinie Paris-Kopenhagen in Betrieb genommen worden. Die Fahrtdauer beträgt 6 Stunden mit Zwischenlandung in Hamburg.

Streik der französischen Steuererheber.

wtb. **Paris,** 5. Mai. (Funkspruch.) Gestern hat eine gewisse Anzahl Steuererheber ihre Dienststellen verlassen als Protest dagegen, daß ihre Beamtenkategorie nicht in der von der Regierung eingesetzten Kommission vertreten ist, die mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für eine neue Gehaltsregelung beauftragt ist. Im Finanzministerium erklärt man, die Streikbewegung trage keinen allgemeinen Charakter.

Die Norge auf der Fahrt.

wtb. **Stockholm,** 6. Mai. (Funkspruch.) Die Funkstation Hernösand hat gestern nachmittag gegen 3 Uhr einen Funkspruch des Luftschiffes Norge aufgefangen, wonach sich das Luftschiff über Petrosawodsk befand.

Macdonald bei Baldwin?

wtb. **London,** 5. Mai. (Funkspruch.) Der Berliner Lokalanzeiger verzeichnet eine Meldung, wonach Macdonald soeben zu einer Konferenz zu dem Premierminister Baldwin gerufen worden sei, um mit ihm über eine etwaige Beilegung des Streikes zu verhandeln.

Aus Stadt und Umgebung.

Schwerter Maikirmes.

Es ist gut, daß alles einmal ein Ende hat. Der Kirmestag liegt nun auch wieder hinter uns. Man freut sich auf ein solches Volksfest, auf dem sich alles zusammenfindet. Der Besuch war wie immer außerordentlich stark. An den vielen kleinen Verkaufsständen, wo man alles bekommen konnte, was man zum täglichen Gebrauch nötig und nicht nötig hat, und an der originellen und oft recht spaßhaften Kirmesmusik mangelte es selbstverständlich auch nicht. Es war eben „alles da", aber eins war halt doch nicht da, und das war — der „billige Jakob". In der hin- und herwogenden Menge sah man nur fröhliche und vergnügte Gesichter. Alte und neue Schlager sorgten ja auch für gute Stimmung und man sang sie kräftig mit — es war ja eben Kirmes. Auch in den Gaststätten war überall flotter Betrieb, und der Klimbim drang auch dem Vorübergehenden ungewollt in die Ohren. Im großen und ganzen nahm die Kirmes einen ruhigen Verlauf. Die Polizei sorgte für Ordnung, die, soviel bekannt ist, nicht gestört wurde.

Schwerte, den 6. Mai 1926

÷ **Dienstjubiläum.** Am gestrigen Tage konnte der Bürobeamte Joh. Wagener, Rosenweg, auf eine 25jährige Tätigkeit bei den Vereinigten Deutschen Nickelwerken A.-G. zurückblicken. Von Seiten der Direktion und den Mitarbeitern wurde der Jubilar durch Ueberreichung von Geschenken geehrt. Nachträglich unsern herzlichsten Glückwunsch.

÷ **Bestandene Prüfung.** Bei der vor dem Prüfungsausschuß der hiesigen Schneider- und Schneiderinnen-Zwangsinnung am 26. April stattgefundenen Prüfung bestanden folgende Prüflinge die Gesellenprüfung: Frl. Kramer, Frl. Gruß, Frl. Reineke, Frl. Krumme, Frl. Ettling, Frl. Staat, Frl. Becker, Frl. Werthmann, Frl. Goßmann, Frl. Weeke; Lehrling Otto Wilms. Alle bestanden mit gut bezw. mit Sehr gut. Wir gratulieren.

÷ **Kalte Nächte.** Wenn Kuckuck und Nachtigall sich einstellen, so sollen die Tage fröhlich und die Nächte warm sein, aber es kommt auch oftmals anders. Im Vorjahre war diese Periode trotz des milden Winters recht unwirsch, denn die kalten Tage der drei Eisheiligen im Mai stellten sich schon Ende April ein, und es ist leicht möglich, daß es sich jetzt wieder ereignet, so daß wir zum mindesten die Nachtigall nicht so bald hören werden. Die Apfelblüte ist noch nicht vorüber, und wir dürfen deshalb wünschen, daß die Reif-Nächte sich nicht von ihrer rauhen Seite zeigen werden. Die kalten Tage bleiben sehr selten aus, glücklicherweise aber haben sie in den letzten Jahren keinen Schaden angerichtet.

÷ **Landwirtschaftlicher Kreisverein.** Wir verweisen auf die Bekanntmachung über die diesjährigen Stutenkörungen im heutigen Inseratenteil.

÷ **Kameradsch. Vereinigung ehem. aktiv gedienter Gardisten.** Vom 17.—19. Juli d. Js. findet in Mülheim-Ruhr ein Wiedersehenstag der Gardisten aus Rheinland und Westfalen statt. Die Meldungen zur Teilnahme sind bereits überaus zahlreich eingelaufen, so daß damit zu rechnen ist, daß die Tage einen glänzenden Verlauf nehmen werden. Jeder Gardist wird sicher gern nach Mülheim eilen, um im Kreise seiner ehemaligen Kameraden einige frohe Stunden wahrer Kameradschaft zu verleben. Von Mülheim aus ist ihm auch leicht Gelegenheit zum Besuch der „Gesolei" in Düsseldorf gegeben. — Diejenigen Kameraden, welche an der Tagung teilnehmen wollen, werden gebeten, ihre Adresse beim Kam. O. Kümper, Teichstraße, abzugeben. Im übrigen hat es die „Kameradschaftliche Vereinigung ehemals aktiv gedienter Gardisten für Schwerte und Umgegend" übernommen, die Organisation für Schwerte und Umg. zwecks Teilnahme am Gardetag in Mülheim in die Hand zu nehmen. (Siehe auch Anzeige.)

÷ **Sauerländischer Gebirgs-Verein,** Abt. Schwerte. Nach einer mehrmonatlichen Pause hat die Abteilung Schwerte mit Beginn der zum Wandern anregenden Frühlingszeit ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. In der Jahreshauptversammlung am vergangenen Freitag, 30. April, unter Leitung des 1. Vorsitzenden wurde der Vorstand neu ergänzt, der sich nun aus folgenden Herren zusammensetzt: Wilh. Gathmann, 1. Vors.; Norbert Kaufhold, 2. Vors.; Walter Börstinghaus, 1. Schriftf.; Josef Rothenberg, 2. Schriftf.; Karl Twittmann, 1 Kassierer; Karl Schulte, 2. Kassierer; Beisitzer: Rob. Jacobs, Ernst Klein, C. Roeber, Wilhelm Scherff jr., Max Steinberg, Chr. Thomé. Der ebenfalls neugewählte Wanderausschuß wurde nach Vorschlägen und Anregungen aus der Versammlung beauftragt, eine Anzahl Wanderungen in das Sauerland und in die näherelmgebung zusammenzustellen, welche den Mitgliedern durch die Presse und Aushang bekanntgegeben werden.

÷ **Das großzügige Finanzamt.** Für die Frühjahrsveranlagung zur Einkommen- und Körperschaftssteuer hat der Reichsminister der Finanzen einen neuen umfangreichen Sammlererlaß an die Finanzämter gerichtet. Großzügig behandelt werden soll die Einkommensermittlung bei Hausbesitzern, selbst wenn sie Ueberschüsse erzielt haben, z. B. wenn Häuser gewerblichen Zwecken dienen oder wenn Wohnhäuser sich in gutem Zustande befinden. Wo es noch einer Feststellung bedarf, soll die Abnutzung abgesetzt werden. Die Durchschnittssätze für die Wohnungskosten der freien Berufe und ähnlicher Erwerbszweige sollen die Veranlagung vereinfachen. In der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Fälle soll davon abgesehen werden, die tatsächlichen Werbungskosten festzustellen, besonders dann, wenn sie um einen geringen Betrag hinter dem Durchschnittssatz zurückbleiben. Bezüge von Rechtsanwälten, Aerzten usw. sollen erst mit der Buchung bei der Liquidierung oder der Vereinnahmung als bezogen gelten.

÷ **Der steuerpflichtige Staat.** Eine gemeindliche wird ebenso wie eine staatliche Tätigkeit stets dann als gewerblich angesehen, wenn die Gemeinde oder der Staat etwas unternimmt, was auch Gegenstand eines Privatunternehmens sein kann oder doch sein könnte, falls dem Staat oder der Gemeinde nicht gesetzlich eine Monopolstellung eingeräumt wäre. Diesen Grundsatz hat der Reichsfinanzhof jetzt für die Umsatzsteuer bestätigt. In dem neuen Falle handelt es sich um die entgeltliche Ueberlassung von Verkaufsständen einer Markthalle der Gemeinde, die sich als eingerichtete Räume darstellen. Sie werden für umsatzsteuerpflichtig erklärt. Befreit davon sind sie schon deshalb nicht, weil die Markthallen nicht zugunsten der Inhaber der Marktstände errichtet sind und betrieben werden, sondern zur Förderung der öffentlichen Gesundheit und zum Nutzen der Verbraucher der Marktwaren. Bei dem Entgelt für die Benutzung der Stände handelt es sich demnach nicht um solche Umsätze, die dem gemeinnützigen Zwecke der Halle unmittelbar dienen.

÷ **Der Abzug der Kirchensteuer.** Die Kirchensteuern können bei der Ermittlung des Einkommens abgezogen werden, soweit sie im Steuerabschnitt, aber nicht etwa für den Steuerabschnitt fällig geworden sind. Die Kirchensteuer wird im allgemeinen als Pauschbetrag und Zuschlag zu den Einkommensteuer-Vorauszahlungen erhoben. Wo dies der Fall ist, können nach dem neuen Sammelerlaß des Reichsfinanzministers zur Frühjahrsveranlagung die Kirchensteuerbeträge abgezogen werden, die im Kalenderjahr 1925 zu leisten waren (Es ist anzunehmen, daß die Kirchensteuern in den meisten Ländern als endgültige Kirchensteuerschuld für das betreffende Kirchensteuerjahr gelten). Sollte in einzelnen Ländern bei der Kirchensteuer wie bei der Einkommensteuer die Vorauszahlungen mit der endgültigen Steuerschuld abgerechnet werden, so bleibt die Kirchensteuerabschlußzahlung oder eine Kirchensteuererstattung für die Veranlagung 1925 außer Betracht. Da eine solche Zahlung oder Erstattung erst 1926 fällig wird, kann sie erst bei der Veranlagung für 1926 berücksichtigt werden.

÷ **Benutzung der Schnell- und Eilzüge mit Sonntagsrückfahrkarten).** Die Vergünstigung, wonach Reisende mit Sonntagsrückfahrkarten 2. und 3. Klasse sämtliche Schnell- und Eilzüge im Dir.-Bez. Essen mit Ausnahme der F D.-Züge 21 und 22, der D.-Züge 7, 9, 48, 58 und 270 der Eilzüge 27, 35, 43, 105 und 114 gegen Lösung von Zuschlagskarten benutzen können, bleibt bis zum 14. Mai ds. Js. bestehen. Vom 15. Mai ab sind alle Schnellzüge zur Benutzung von Sonntagskarten ausgeschlossen, während die Eilzüge mit den oben genannten Ausnahmen auch weiterhin freigegeben sind.

÷ **Ausweiskarten für Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege** haben bis auf Widerruf Gültigkeit, laut Verfügung des Regierungspräsidenten vom 24. April 1926.

÷ **Versicherung von Reisegepäck.** Vom 15. Mai ds. Js. ab wird für die Versicherung von Reisegepäck innerhalb Deutschlands eine neue Police mit einer Geltungsdauer von 30 Tagen eingeführt. Die Versicherungsgebühr ist bei der Deutschlandpolice 6.— R.M für 1000 R.M. Versicherungssumme und 30 Tagen Geltungsdauer, während die Gebühr bei der bisher bestandenen Europapolice 10.— R.M bezw. 13.— R.M bei 30 bezw. 60 Tagen beträgt.

÷ **Wetterbericht der Wetterwarte Essen** vom 5. Mai. Ueber dem Nordmeer sowie über dem westlichen England und Frankreich erstreckt sich heute morgen ein kräftiges Hochdruckgebiet, während sich über dem mittleren Skandinavien ein schwaches Tief befindet. In Deutschland herrschte heute morgen teils bedecktes, teils wolkiges Wetter, bei schwachen östlichen Winden und Temperaturen zwischen 5 und 10 Grad. — Wetteraussichten bis Freitag: Zunächst noch schwache östliche, später auffrischende und nach Norden und Nordwesten drehende Winde; Temperaturen etwas abnehmend, vorwiegend trocken bei wechselhafter Bewölkung.

---

1. **Westhofen,** 5. Mai. Schonet die Getreidefelder. Dieser Ansicht waren aber nicht 7—8 junge Burschen, die ein Haferfeld eines hiesigen Landwirts als Fußballfeld benutzten. In ihrer Tätigkeit wurden sie durch einen Oberländjäger gestört, und wird ein Strafmandat folgen.

1 **Holzen,** 6. Mai. Ein Zusammenstoß zwischen einem Kraftradfahrer und einem Landwirt erfolgte auf der hiesigen Kreisstraße. Der Kraftradfahrer wollte das Fuhrwerk des Landwirts überholen, letzterer gab jedoch die Straße nicht frei, so daß es fast zu Tätlichkeiten gekommen wäre, wenn nicht zufällig die Polizei anwesend war und die Ordnung wieder hergestellt hätte.

1 **Holzen,** 6. Mai. Unter dem Vorsitze des Gemeindevorstehers Jacobs wurde in der letzten Gemeinderatssitzung folgendes verhandelt und beschlossen: 1. Die Beschlüsse des Schulvorstandes wurden bekanntgegeben und zugestimmt. 2. Festsetzung des Gemeindehaushaltsanschlages für 1926. Der Haushaltsanschlag wurde nach eingehender Durchberatung wie vorliegend angenommen bezw. festgesetzt: An Zuschlägen sollen erhoben werden 300 Proz. der Grundvermögensteuer, 750 Proz. der Gewerbeertragsteuer und 2000 Proz. der Gewerbekapitalsteuer. 3. Als stellvertretender Standesbeamter wird an Stelle des zurückgetretenen Herrn A. Hecker der Kaufmann Ewald Jacobs gewählt.

1 **Sommerberg,** 6. Mai. Glück im Unglück hatte der Kassenbeamte S. von Holzen. S. kam von einem Dienstgange und passierte den sogen. Krankelweg, der zurzeit ausgebaut wird. Er wurde von einem Muldenkipper überholt bezw. der Wagen entgleiste unmittelbar bei S.; er wurde mit einer Ladung Dreck überschüttet und fiel eine steile Böschung hinab; von dem Muldenkipper selbst wurde er nicht erfaßt. S. kam mit einem Schrecken davon.

1 **Villigst,** 6. Mai. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung erfolgte die Prüfung und Feststellung des Gemeindehaushaltsanschlages für 1926. Nach eingehender Beratung wurde der Haushaltsanschlag auf 21 743 RM. festgesetzt. Es sollen an Steuern erhoben werden 200 Proz. Grundvermögensteuer, an Gewerbesteuer 750 Proz. vom Ertrag und 2000 Proz. Lohnsumme. Dem Antrage des Turn- und Spielvereins Villigst auf Bewilligung einer Beihilfe wird stattgegeben, und zwar wird der gleiche Betrag bewilligt, den die Gemeinde Hennen bewilligt hat.

1 **Geisecke,** 6. Mai. Gemeinderatssitzung. Der Haushaltsanschlag für 1926 wurde nach eingehender Beratung auf 34 000 Mk. festgesetzt. An Zuschlägen sollen erhoben werden 200 Proz. der Grundvermögensteuer, 750 Proz. Gewerbe-Ertragsteuer und 1600 Proz. Lohnsummensteuer.

1 **Syburg,** 6. Mai. In der letzten Gemeinderatssitzung erfolgte die Etatsberatung für 1926. Nach eingehender Prüfung sämtlicher Abschnitte wurde der Etat wie vorliegend festgesetzt: Um den Fehlbedarf zu decken, sollen erhoben werden: 175 Proz. zur Grundvermögensteuer, 750 Proz. Gewerbeertragsteuer und 1000 Proz. Gewerbekapitalsteuer.

m **Ergste,** 5. Mai. Polizeibericht. Erheblich verletzt wurde laut einer Unfallmeldung der Landwirt Heinrich Dieckmann gen. Störing aus Berchum. Außer einem Rippenbruch hat er noch sonstige erhebliche Verletzungen davongetragen. — Aus Rache soll dem Fabrikarbeiter Johann Lorenz in Villigst ein leichter Holzschuppen angezündet worden sein, der dann mit einigen Gerätschaften des Nachts bis auf den Grund niederbrannte. Die in der Nacht herbeigeeilten Nachbarn konnten das Feuer nicht löschen. Die Ermittelungen sind noch nicht abgeschlossen und werden hoffentlich den Täter der gerechten Strafe entgegenführen. — Ohne Rücksicht auf die Stätte wurde am gestrigen Tage das Tor zum hiesigen Friedhof von dem Fuhrwerksleiter des Grabsteingeschäftes Wüstefeld in Hörde durch Zertrümmern des Schlosses erbrochen. Der Täter ist zur Anzeige gebracht.

m **Ergste,** 6. Mai. Schiedsmänner. Durch Beschluß des Präsidiums des Landgerichts in Hagen sind für den hiesigen Amtsbezirk folgende Schiedsmänner und Stellvertreter für eine dreijährige Amtsdauer bestätigt worden: Für den Bezirk Hennen 1: Gutsbesitzer Heinrich Schulte-Osthennen in Drüpplingen und als Stellvertreter Gutsbesitzer Wilh. Bimberg-Eichelberg; für den Bezirk Hennen 2: Gutsbesitzer Friedrich Noelle-Wuing in Leckingsen und als Stellvertreter Gutsbesitzer Hermann Hoying-Leckingsen. Für den Bezirk Ergste: Justizobersekretär Otto Hengstenberg in Ergste und als Stellvertreter Hermann Finkhaus-Höfen.

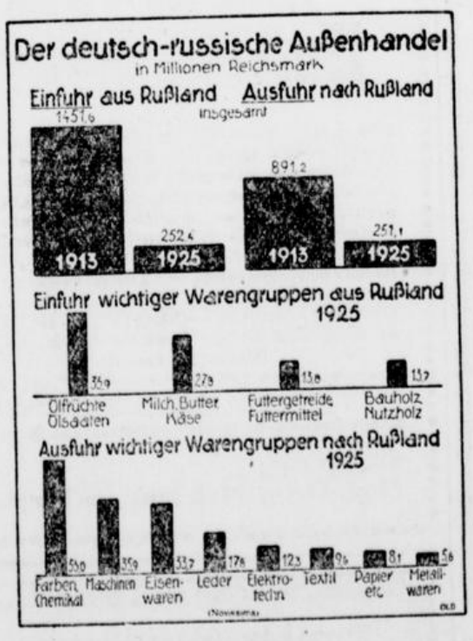
m **Ergste,** 6. Mai. Jugendherberge. Mit dem Bau der von dem Jugendherbergsverband Hörde vorgesehenen provisorischen Jugendherberge in Form einer Holzbaracke auf dem Bürenbruch soll in den nächsten Tagen begonnen werden. Das Holzmaterial für die große Baracke ist bereits teilweise angefahren worden. Das Aufstellen derselben soll so beschleunigt werden, daß dieselbe in den nächsten Wochen dem Bestimmungszwecke übergeben werden kann. Auch mit den Anlagen der Sport- und Spielplätze usw. soll, wie wir hören, in Kürze begonnen werden. Anstelle der Holzbaracke soll in absehbarer Zeit ein stattlicher massiver moderner Jugendherbergsbau mit Unterkunfts- und Aufenthaltsräumen errichtet werden.

÷ **Holzwickede,** 5. Mai. Weiterer Abbau bei der Eisenbahn. Es liegt wie Gewitterschwüle über unserm Ort. Der Abbau bei der Eisenbahn geht weiter. Am 1. Mai ist wieder einer größeren Zahl von Beamten und Angestellten gekündigt worden, auch vielen Verheirateten, selbst Männern, die sich zehn Jahre und länger im Beamtenverhältnis befanden. — Zu den neuen Kündigungen wird uns noch geschrieben: Bei der letzten Gehaltszahlung erhielten mehrere Beamte von hier — es handelt sich um 18—20 Mann — einen ungewünschten und sehr traurigen Bescheid: Die Reichsbahn-Gesellschaft als Arbeitgeber hatte ihnen das Beamtenverhältnis gekündigt. Welcher Verlust an wohlerworbenen Rechten durch diesen Bescheid den Leuten entsteht, sei nur an einzelnen Zahlen nachgewiesen. Bei den Abgebauten handelt es sich ausschließlich um Bedienstete, welche auf eine 13—14jährige Dienstzeit bei der Eisenbahn zurückblicken können, und fast alle stehen schon seit 7—8 Jahren im Beamtenverhältnis. Die Reserve-Lokomotivführer, denn um solche handelt es sich hier, werden nach Gehaltsgruppe 5 entlohnt. 1 Beamter in Gruppe 5 im mittleren Lebensalter und in mittlerem Gehalt stehend, verheiratet, mit 2 Kinder, bezieht augenblicklich monatlich ca. 250 Mark. Jetzt, nachdem er abgebaut und in das Arbeitsverhältnis zurückversetzt wurde, hat er vielleicht ein Gehalt von ca. 110 Mk. netto, demnach also ein monatlicher Geldverlust von rund 130 bis 140 Mark. Dieser Geldverlust ist jedoch nicht das Einzigste; es gehen Rechte verloren, die diese Betroffenen vielleicht nie wieder im Leben erwerben können. Wenn z. B. durch Krankheit bei einem der vorerwähnten Beamten Arbeitsunfähigkeit eintrat, so hatte er bisher das Recht, sich in den Ruhestand versetzen zu lassen. Er würde dann eine monatliche Pension von ca. 120 bis 130 Mk. beziehen und war somit für sein Leben gesichert. Dies geht ihm nun alles verloren.

÷ **Wichlinghofen,** 6. Mai. Sachbeschädigung). Die von vielen Einwohnern mit Interesse verfolgten Aushänge im Gemeindegitterkasten scheinen wieder anderen nicht zu behagen. Dem Mißfallen darüber gab einer dadurch Ausdruck, daß er den Kasten zertrümmerte. Die Folge wird natürlich nicht nur sein, daß der zerstörungswütige Täter einen neuen auf seine Kosten zu beschaffen haben wird, sondern dieser auch noch in stiller Klause über die Nützlichkeit und die Unverletzlichkeit der Gemeindekästen nachzudenken haben wird.

÷ **Hörde,** 6. Mai. Ein Stiefkind unter den Straßen Hördes war bisher die Dahlackerstraße; endlich hat auch sie Gnade vor den Augen des Bauamtes gefunden und bekommt ein neues Straßenpflaster, nachdem auch seit kurzem der westliche Bürgersteig ausgebaut ist. Die Anwohner der Straße begrüßen diese Maßnahmen sehr, denn bei Tau- und Regenwetter war es immer schwer, ohne nasse Füße in die Häuser zu gelangen.

÷ **Hörde,** 6. Mai. Im Schlachthausweg sind nun auch die Ruhebänke wieder aufgestellt, schon sehnlichst erwartet von vielen Einwohnern, besonders alten Leuten des nördlichen Stadtteils, die hier gern im Schatten der Bäume einige Stündchen verbringen. Ebenso ist der Schillerplatz wieder mit vier Bänken bestanden, die fast dauernd besetzt sind. Diese schöne Anlage, deren Einfriedungsgitter eben neu gestrichen sind, ist nur viel zu klein. Und dann kann es nicht eindringlich genug gesagt werden: „Schont die Grünanlagen!" Immer und immer wieder kann festgestellt werden, daß das junge Grün abgerissen wird; ganze Aeste und Zweige werden — oftmals einer Blüte wegen — einfach abgebrochen und dann weggeworfen. Hier ist es Pflicht des Publikum, mitzuhelfen, die Anlagen zu schützen.



Vor dem Kriege war Rußland unser bester Abnehmer. In den letzten Jahren wurde die deutsche Ausfuhr nach Rußland mehr und mehr durch unsere kapitalkräftigeren Konkurrenten zurückgedrängt, so daß die Ausfuhr nach Rußland von der dritten Stelle an die zwölfte Stelle gerückt ist. Nur für Farben und Arzneien sowie für Maschinen war im Jahre 1925 Rußland unser bestes Absatzland. Das neue Kreditabkommen mit Rußland soll nun dazu beitragen, den alten Markt zurückzugewinnen.

Börsen und Märkte

Dortmunder Zucht- und Faselviehmarkt vom 5. Mai. Auftrieb: 857 Stück Großvieh, 200 Schweine, 50 Kälber. Der Handel war in Großvieh in guten Tieren lebhaft, sonst langsam. Kühe kosteten 200 bis 700 M, Rinder 150 bis 400 M. Sämtliches zum Markt aufgetriebenes gewesenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Die geimpften Tiere sind mit Ohrenmarken versehen, die die Bezeichnung „Magerviehhof Dortmund" und eine Nummer tragen. Es sind die Nummern 70816—71706 verwendet worden. Am Schweinemarkt war der Handel langsam. Es kosteten 6 bis 8 Wochen alte Ferkel 32—45 M, 8 bis 10 Wochen alte 45—62 M, 10 bis 12 Wochen alte 62—80 M. Der nächste Markt findet am 12 Mai statt.

Briefkasten.

Mehrere Abonnenten. Da wir sonst grundsätzlich keine hiesigen Gerichtsurteile bringen, Sie aber Ihre Forderung aufrechterhalten, teilen wir Ihnen mit, daß der Gewerkschaftssekretär Warstadt und der Kaufmann Philippsborn wegen schwerer Beleidigung des Landrats Overweg-Reichsmark vom hiesigen Schöffengericht verurteilt wurden. Overweg wurde das Publikationsrecht zuerkannt. Daraus werden Sie ja demnächst das Strafausmaß ersehen.

Verantwortl. für Kunst u. Wissen, Theater u. Konzert, Turnen u. Sport: Theo Schäfers, Schwerte.

Ihre stattgefundene Vermählung zeigen an

Dr. Walter Pollatschek
Emmi Pollatschek
geb. Mosbach

z Zt. auf Reisen Schwelm, Schützenstr. 11

703

In der Strafsache

gegen

1. den Landwirt **Josef Kotthoff** zu **Ergste**
2. dessen Ehefrau **Klara** geb. Schöttler zu **Ergste**

wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz hat das Amtsgericht in Schwerte 8. Januar 1926 bezw. Landgericht in Hagen am 11. März 1926 für Recht erkannt:

Die Angeklagten werden wegen Vergehens gegen § 101 des Nahrungsmittelgesetzes, und zwar der Ehemann Kotthoff zu einer Geldstrafe von 300 Rmk., die Ehefrau zu einer solchen von 200 Rmk., an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je 10 Rmk. ein Tag Gefängnis tritt, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Ferner ist die Verurteilung der Angeklagten auf deren Kosten in der Schwerter Zeitung und Iserlohner Kreisanzeiger einmal zu veröffentlichen.

Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.

Schwerte, den 9. April 1926.

L. S. **Hage**, Justizobersekretär. 1697

Bekanntmachung.

Die diesjährigen **Stutenkörungen** zur Eintragung von Zuchtstuten in das Pferdestammbuch finden wie folgt statt:

am 18. Mai, 9 Uhr morg., zu Oespel, Gutsh. Paßmann;
am 20. Mai, 9 Uhr morgens, zu Soelde, Vieschers Hof;
am 20. Mai, 3 Uhr nachmittags, zu Freischütz (Wirtschaft).

Fohlenscheine, Abstammungsnachweise, ordnungsmäßige Deckscheine sowie die Stallbücher sind mitzubringen.

Es sind vorzustellen:

1. Hengste zur Aufnahme in das Hauptstammbuch bezw. Stammbuch Abteilung A.,
2. eingetragene Stuten mit Fohlen (für 1926 zur Uebernahme in das Hauptstammbuch),
3. dreijährige und ältere, noch nicht eingetragene Stuten,
4. ein- und zweijährige Stutfohlen,
5. ein- und zweijährige Hengste.

Die Pferde sind mit gut gepflegten Hufen und in gutem Beschlag vorzustellen, da hierauf bei der Beurteilung besonderer Wert gelegt werden wird.

Im übrigen ist die Geschäftsordnung, welche im Geschäftszimmer des Landwirtsch. Kreisvereins zu Hörde, Mühlenberg 6, bis zum 15. Mai eingesehen werden kann, maßgebend.

Der Vorsitzende
des Landwirtsch. Kreisvereins Hörde:
1701 Kühl, Gutsbesitzer.

Gemischter Chor „Harmonie"
Schwerte
Chorleiter: **Herm. Brockpähler**, Hörde

Sonntag, den 9. Mai 1926, nachm. 4 Uhr
im „Freischütz" 1696

Frühjahrs-Konzert

unter Mitwirkung des Hörder Salon-Orchesters

Aus dem Programm:
Zwei größere Chöre mit Soli,
Quartette und Orchesterbegleitung

Anschließend: Gemütl. Beisammensein

Preis 0.80 Mark ausschließlich Steuer.

3 frischmelkende
junge Schafe
und 1 Truthahn
zu verkaufen.
1698 **billigst 28.**

Wild u. Geflügel
kaufen Sie im
Feinkosthaus Hesse
Hagenerstraße 13
1708



Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche" gratis

Kameradschaftl. ehemals aktiv Schwerte — Vereinigung ged. Gardisten u. Umgebung

Einladung.

Zu der am Samstag, den 8. Mai, abends 8 Uhr im Vereinslokal beim Kameraden Rettstadt (Zur Helle) stattfindenden **Monatsversammlung** laden wir unsere Mitglieder hiermit ein. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung muß es Pflicht eines jeden Kameraden sein, pünktlich zu erscheinen.

Auszug aus der Tagesordnung:
Teilnahme am Gardetag von Rheinland und Westfalen vom 17.—19. Juli in Mülheim-Ruhr.
Teilnahme an der Feier des Marine-Vereins Schwerte am 30. Mai im „Reiche des Wassers".
Die fehlenden Kameraden werden dem „Vater Philipp" gemeldet und kommen beim demnächstigen Speckerbsen-Essen ins zweite Glied.
Nichtmitglieder, die aktiv bei der Garde gedient haben, sind herzlichst willkommen!

Mit kameradschaftlichem Gruß!
Der Vorstand.

Erst jetzt hat die Wissenschaft die seit Jahrhunderten bekannte Heilwirkung des Lebertrans ergründet und festgestellt, daß diese auf den hohen Vitamingehalt zurückzuführen ist. Lebertran stellt das **vitaminreichste Nährmittel** dar, wird jedoch wegen seines Geruchs und Geschmacks von empfindlichen Patienten ungern genommen. So hat die Erfindung von

SCOTTS EMULSION

eine Lücke ausgefüllt, da diese den Tran mit seinem vollen Gehalt an **Vitaminen** in einer angenehm schmeckenden Form bringt. Selbst die kleinsten Kinder nehmen **SCOTT's EMULSION** gerne, und wird sie in allen Kulturländern mit bestem Erfolg als **Nährmittel** bei **Kindern mit schwachen Knochen, Skrofulose, engl. Krankheit, Rachitis** und **Lungenleiden** genommen. **Stillende Mütter**, die unter Erschöpfung leiden, nehmen **SCOTT's EMULSION**, da diese den Verlust gewisser Stoffe, so der Phosphate, ersetzt.

Man achte jedoch auf die Marke SCOTT und weise Nachahmungen zurück, auch wenn sie angeblich billiger sind.

Scott's Emulsion ist in allen Apotheken und Drogerien zu haben.

NIEDERLAGE:
Med.-Drog. Meh hose, am Postplatz.

Papier-Guirlanden
Papier-Laternen
empfiehlt
Buchhandlung Carl Braus
Gr. Marktstraße 3. Bahnhofstraße 3.



Storm Kursbuch

In Kürze erscheint der Sommerfahrplan des beliebten Kursbuches, gültig ab 15. Mai.

Ausgabe Reich . . M. 4.—
Für unser Verkehrsgebiet die Teilausgabe
West-Süddeutschland . . . . M. 2.—

„Storm" ist zuverlässig, leicht lesbar und handlich.

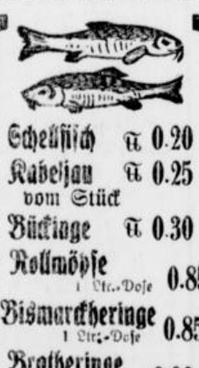
Vorbestellungen erbeten an
Buchhandlung Carl Braus, Schwerte.

Naturhaar-Zöpfe
von 2.95 M an, ferner
Aktentaschen
Leder, von 4.75 M an
empfiehlt
Damenfriseur Schöneis
Brückstraße 7. 989

Neues
Herrenfahrrad
billig zu verkaufen.
Billigst, Iserlohnerstr. 13.

Erstklassiger
Fleischsalat
in reiner Mayonnaise
empfiehlt als Spezialität
Feinkosthaus Hesse
Hagenerstraße 13
1689

ff. Harzer Käse
4 Stück 10 ₰
ganze Kiste 1.45 M
Heinr. Hill
1703



Scheelfisch	à 0.20
Kabeljau vom Stück	à 0.25
Bückinge	à 0.30
Rollmöpse 1 Ltr.-Dose	0.85
Bismarckheringe 1 Ltr.-Dose	0.85
Bratheringe 1 Ltr.-Dose	0.90

Heinrich Hill
(Adolf Kalsbach)

Dienstpersonal
aller Art für **Haushalt** und **Landwirtschaft**
Tagesmädchen und Putzfrauen
vermittelt sorgfältig und unentgeltlich
Arbeitsnachweis
in **Schwerte**, Wilhelmstr. 36 (weibl. Abt.)
1538 Fernruf: Amt Schwerte Nr. 567

Evangel.-Kirchliche Rundschau.

Zu den Fragen der christlichen Volkserziehung ist manches zu berichten. Zunächst: Auf der Tagung des evangelischen Elternparlaments in Jena erschien als Vertreter des Reichsinnenministers Dr. Külz, um dessen Grüße und beste Wünsche zu überbringen, Ministerialrat Dr. von Zahn. In seiner Begrüßung an die versammelten ca. 200 Elternbelegierten sprach sich der Vertreter des Ministers über die Frage des Reichsschulgesetzes aus. Er erklärte: Mit dem Evgl. Reichs-Elternbund hoffe und glaube der Reichsinnenminister, daß es möglich sein werde, ein Reichsschulgesetz zu schaffen, das sowohl der Entwicklung des deutschen Volksschulwesens gerecht werde, als auch die durch die Reichsverfassung gewährleistete Gewissensfreiheit und das Recht der Eltern wahre. Unsere auf christlicher Grundlage erwachsene Kultur müsse vertieft und ihre Güter allen Volksschichten zugänglich gemacht werden. Dazu bedürfe es der Mitarbeit der Elternschaft.

Sodann sei jetzt schon auf die wahrscheinlich Anfang Juni stattfindenden Elternbeiratswahlen aufmerksam gemacht. Die Kämpfe werden in diesem Jahre, wenn die Anzeichen nicht trügen, vielerorts besondere Heftigkeit annehmen, obwohl in zahlreichen ländlichen Bezirken eine völlig geschlossene Volksstimmung für die christliche Schule und dementsprechend kein besonderes Wahlinteresse vorhanden ist. Doch ist zu berücksichtigen, daß z. B. in der Provinz Sachsen ebenso wie in Westfalen in jüngster Zeit die Freidenker mit allem Nachdruck ihre Arbeit aufs Land hinausgetragen und unter politisch linksstehenden Arbeiterkreisen nicht ohne Erfolg geworben haben. Auch auf der Tagung des Bundes der Freien Schulgesellschaften im Rheinland im vergangenen Januar wurde das dauernd sich bessernde Verhältnis der weltlichen Schulbewegung zu der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei hervorgehoben. Es muß daher mit verstärkter Aktivität der ihre Front (man kann das nur lebhaft bedauern) im Lager der Gegner der christlichen Schule nehmenden sozialistischen Partei in dem bevorstehenden Wahlgang gerechnet werden. Man wird darum die Erwartung aussprechen dürfen, daß die christlichen Elternkreise, im Bewußtsein, daß es ums Ganze geht, alle Kraft einsetzen werden, um das Gesamtergebnis auch in diesem Jahre wieder für die christlich-unpolitische Liste möglichst ungünstig zu gestalten. Bekanntlich war bei den letzten Elternratswahlen im Jahre 1924 auch in Gebieten mit stark linksgerichteter Wählerschaft der Sieg der evangel. Elternliste durchschlagend.

Zu den Erziehungsfragen im weiteren Sinne gehört auch die akademische Erziehung. Da ist es lehrreich, folgendes zu wissen: An insgesamt acht deutschen Universitäten und einer technischen Hochschule sind für den Dienst an der Studentenschaft in jüngster Zeit eigene „Studentenpfarrer" bezw. Seelsorger entweder bereits angestellt worden oder doch in Aussicht genommen. In den meisten Fällen ist es die Kirche (in einem, Jena, die Deutsche christl. Studentenvereinigung), die die Berufung vollzieht. Dennoch ist die Form der Anstellung und Arbeit im einzelnen völlig verschieden. Außerordentlich viel hängt an einer glücklichen Lösung der Personenfrage.

Auch in dieser neu aufgenommenen Säemannsarbeit zeigt sich das auf allen Gebieten heute zu beobachtende kräftige Streben, der Säkularisierung unseres geistigen und kulturellen Gesamtlebens an einem entscheidenden Punkt entgegenzuwirken und zur Lösung des Problems des Führernachwuchses von der Weltanschauung her einen Beitrag zu liefern. In das Bild der neuen geistigen Lage an Deutschlands hohen Schulen gehört auch der „Studentenpfarrer", der nicht Amtsträger sein will, vielmehr Helfer und Arzt und Mitstreiter um höchste Ziele, als charakteristischer Bestandteil hinein.

In ein größeres Weltgebiet weist uns folgendes: Ende August 1926, also genau ein Jahr nach dem Kirchenkonzil, wird der in Stockholm eingesetzte Fortsetzungsausschuß der Weltkonferenz in Bern zu seiner ersten Sitzung nach der konstituierenden unter dem Vorsitze von Erzbischof D. Dr. Soederblom zusammentreten. Hauptgegenstand der mit Spannung erwarteten Verhandlungen wird die Ausführung der Stockholmer Beschlüsse sein. Insbesondere wird sich der Fortsetzungsausschuß mit den Fragen beschäftigen, die mit der Errichtung des in Stockholm beschlossenen Internationalen Forschungsinstituts für sozial-ethische Fragen zusammenhängen. Sodann wird er zu der Erklärung der deutschen Delegation in Sachen Kriegsschuld Stellung zu nehmen haben. Unter den Mitgliedern des Ausschusses sind 6 Deutsche. Zur Vorbereitung der Tagung findet vom 7.—8. Mai in Amsterdam unter dem Vorsitz des Lordbischofs von Wincester eine Sitzung des Exekutivkomitees der Weltkonferenz statt, dem von deutscher Seite der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses D. Dr. Kapler-Berlin, Landesbischof D. Ihmels-Dresden, Prälat D. Dr. Schoell-Stuttgart angehören.

Im Auftrage des Evangel. Oberkirchenrates in Berlin hat dessen geistlicher Vizepräsident D. Dr. Conrad eine Reise nach Italien angetreten, um die mit der altpreußischen evangel. Kirche verbundenen deutschen evangelischen Gemeinen in Genua, Florenz und Rom zu besuchen und sich durch eigene Anschauung von dem Stand des kirchlichen Lebens in den Gemeinden zu unterrichten. Mit den Kirchenvorständen und Geistlichen sind Beratungen über wichtige Angelegenheiten der Gemeinden vorgesehen.

Korruption in sozialisierten Betrieben.

Aus Wien wird uns berichtet:

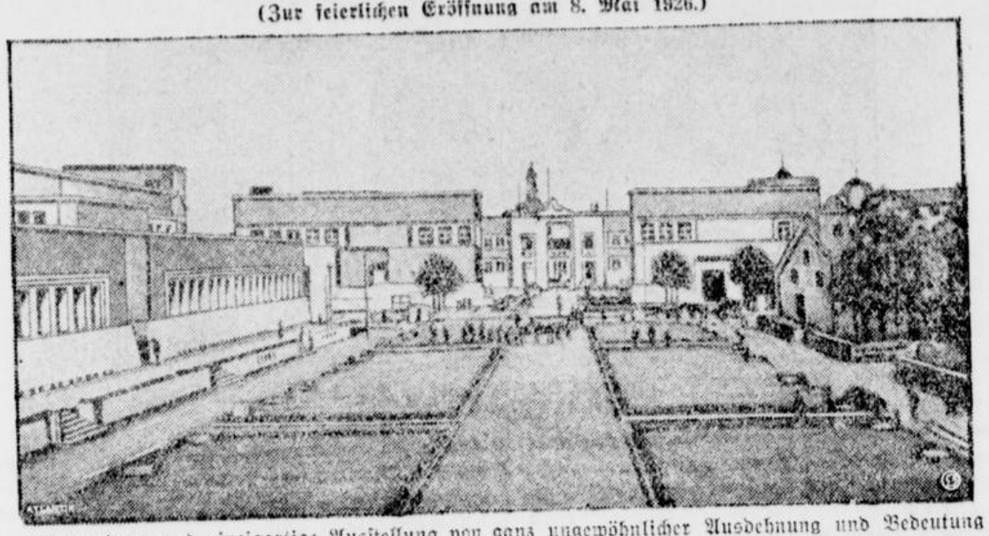
Die Wiener haben nicht nur ihren Bierstreik, sondern eine neue Sensation, den Arsenalspadal. Im Arsenal, in dem während des Krieges etwa 20 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren, kam nach der Revolution die Sozialdemokratie auf. Die Riesenanlagen wurden, wie das ebenfalls verkrachte Wöllersdorf, „sozialisiert". Als die Sozialisten begannen, so enthüllt jetzt ein alter Sozialdemokrat, der in der Wiener Sozialdemokratie eine große Rolle seit Jahrzehnten spielte, Ferdinand Steiner, stellte ihr der Staat ein Kapital von 30 Milliarden Kronen zur Verfügung, später nochmals 60 Milliarden. Die Fabrikstadt enthielt ungeheure Materialvorräte. Tausende von Maschinen, die Vorräte an Eisen und Stahl betrugen mindestens 3000 Waggons, ferner waren u. a. vorhanden: 4000 Pflüge, 10 000 Kultivatoren, 3000 Fuhrwerke usw. Steiner behauptet nun, daß nichts mehr von allem vorhanden sei, und das ist in Wien stadtbekannt. Man stellte sich um, entließ die nichtsozialistischen Leiter, dokterte ständig, schob und verschob alle Waren, bis ein Riesendefizit vorhanden war und die sozialdemokratischen Arbeiter zu Tausenden brutal auf die Straße gesetzt wurden. Von den 3000 Waggons Material wurden allein 2800 verschoben, niemand weiß wohin, wahrscheinlich ins Ausland. Heute liegt, nach vier Jahren sozialistischer Wirtschaft, alles still, so die Maschinenfabrik, die Gießerei, die große Waffenhauptfabrik, die landwirtschaftliche Maschinenfabrik, die riesengroße Schmiede, die Hülsenfabrik, die Kanonengießerei, die Kraftzentrale, die Buchdruckerei, die Werkzeugstätten, die Automobilfabrik, die Sodawasserfabrik und die Schuhmacherei. Allein in der Waffenhauptfabrik waren in 18 großen Fabriken über 13 500 Arbeiter und Angestellte tätig. Und was machten die überzeugten Sozialisten und Antimilitaristen daraus? Steiner behauptet, daß von 1921 bis 1924 in ihr Waffen fabriziert wurden, und zwar über 30 000 Pistolen. Sie gingen an den republikanischen Schutzbund in Wien und ins reaktionäre Ausland, durch Vermittlung eines gewissen Loew, der angeblich aus Neyork stammen soll. Weiter behauptet Steiner, daß die antimilitaristischen Marxisten aus dem sozialisierten Betrieb allein in der Zeit vom 12. bis 30. Mai 1919 mehr als 40 Waggons Granaten mit ordnungsgemäßen Ausfuhrscheinen als „Eisenwaren" an — Skoda in Pilsen, also ins reaktionäre Tschechenland, gingen, ebenso zwei Waggons Kupfer!

Steiner belegt diese Behauptung. Wird sie von der Wiener Sozialdemokratie nicht als Schwindel entlarvt, dann handelt es sich hier nicht nur um eine krasse Verleugnung von Parteigrundsätzen, sondern um sozialdemokratische Waffenlieferungen an — die Reaktion.

Die Enthüllungen haben ungeheures Aufsehen erregt. Daß das Arsenal als sozialisierter Betrieb bankrott war, wußte man, daß dort viel verschoben worden ist, konnte man annehmen, weil die ehemals vollen Magazine leer sind. Daß aber zum Paama der Sozialisierungsapostel und der Wiener Sozialdemokratie nunmehr direkte Unterstützung der „Feinde der Arbeiterklasse" sich gesellt, ist wohl das schlimmste, was ein ehrlicher Sozialdemokrat sich überhaupt denken kann.

Die Düsseldorfer „Gesolei".

(Zur feierlichen Eröffnung am 8. Mai 1926.)



Eine eigen- und einzigartige Ausstellung von ganz ungewöhnlicher Ausdehnung und Bedeutung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen am Ufer des deutschen Rheinstromes wird in einigen Tagen eröffnet werden. Das Gelände der Ausstellung erstreckt sich auf dem rechten Rheinufer in einer Ausdehnung von fast 3 Kilometern (von der neuen großen Rheinbrücke bis zum Yachthafen) und bedeckt eine Fläche von 400 000 Quadratmetern. Die Ausstellungsgebäude allein stehen auf einer Fläche von 120 000 Quadratmetern. Im Rahmen der erst aufgeführten Gelände sowie der bereits bestehenden Dauerbauten liegt der architektonisch schöne Ehrenhof der Ausstellung, der ebenso wie das Planetarium, der 44 Meter hohe Feuerwehrturm etc. mit zu den Wahrzeichen der Ausstellung gehören wird. — Unsere Aufnahme zeigt den Ehrenhof vom Planetarium aus gesehen.

Aus den Provinzen.

Höhlenbärfund in der Grüne.

Grüne, 6. Mai. Bei den Sprengungen in der Grüne, wo kürzlich die Eingänge zu einer Tropfsteinhöhle freigelegt wurden, ist man vorgestern nachmittag an gleicher Stelle auf das Skelett eines Höhlenbären gestoßen. Das Gerippe ist leider durch die Sprengwirkungen zerstört worden, während der teilweise versteinerte Kopf noch gut erhalten sein soll. Diesen, sowie andere Teile des Gerippes hat man in der Wirtschaft Schnell aufgestellt. Ueber die Höhle selbst ist nichts Neues zu sagen, da auf behördliche Anordnung hin das Betreten des Höhlenraumes verboten ist. Es ist zu wünschen, daß nunmehr bald die Untersuchung der Höhle durch Fachleute erfolgt, damit evtl. eine weitere Zerstörung von Ueberlieferungen aus längst entschwundenen Zeiten vermieden werden kann.

Sittlichkeitsverbrecher.

Billmerich, 6. Mai. Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an minderjährigen Mädchen, wurde ein Einwohner von hier durch den zuständigen Landjäger vorläufig festgenommen und dem Untersuchungsrichter zugeführt, der ihn nach Dortmund transportieren ließ.

Tod durch eine Apfelsinenschale.

Bochum, 6. Mai. Der Angestellte Ronsdorf glitt aus dem Heimwege von einer Festlichkeit auf dem Schützenhofe durch eine Apfelsinenschale aus und schlug mit dem Kopfe auf die zur Castroperstraße laufenden steinernen Treppenstufen. Besinnungslos wurde er dem Krankenhaus übergeben, wo er nach einigen Stunden ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben, verstarb.

Verhafteter Erpresser.

Bochum, 6. Mai. Vor einigen Tagen erhielt der Direktor einer in Gerthe gelegenen größeren Fabrik einen anonymen Erpresserbrief mit der Aufforderung, an einem bestimmten Orte einen Geldbetrag von 2000 Mark niederzulegen, widrigenfalls es sein Leben kosten oder die Fabrik in die Luft gesprengt werden würde. Die hinzugezogene Bochumer Kriminal-Polizei bewachte längere Zeit den Ort und nahm in der Nacht zum 30. April den erschienenen Täter fest, der trotz Anrufes und der Abgabe mehrere Revolverschüsse zu flüchten versuchte. Es handelt sich um einen 23 Jahre alten Erwerbslosen Arbeiter aus Gerthe, der in Not gehandelt und durch das Lesen von Schundromanen auf diesen Gedanken gekommen sein will. Er gibt an, niemals die Absicht gehabt zu haben, seine Drohungen wahr zu machen. Bei ihm sind weder Schußwaffen noch irgendwelche Sprengmittel gefunden worden.

Großfeuer.

Niederaden, 6. Mai. Wie wir von der Landjägerei erfahren, brach am Montag abend, gegen 10 Uhr, in der Scheune des Landwirts Hch. Maßmann hierselbst ein Feuer aus, dem fast der ganze Hof, mit Ausnahme des Pferdestalles zum Opfer fiel. Wohnhaus, Scheune und Stallung brannten bis auf die Grundmauern nieder. Außer zwei Drittel des toten Mobiliars wurden noch 30 Hühner ein Raub der Flammen. Da anscheinend Brandstiftung vorliegt, sind die Ermittelungen eingeleitet.

Seinen Bruder schwer verletzt.

Buer, 6. Mai. In dem Stadtteil Buer-Erle spielte sich in der Nacht zum Samstag ein blutiges Drama ab. Zwei Brüder gerieten vor einer Wirtschaft in Streit, nachdem sie vorher mit Gesinnungsgenossen ordentlich gezecht hatten. Plötzlich versetzte der eine der Streitenden seinem eigenen Bruder mehrere Messerstiche in Kopf und Brust. Der Getroffene brach bewußtlos zusammen und wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Der Täter, der in Gelsenkirchen wohnt, wurde verhaftet.

Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister.

Ohligs, 6. Mai. Gegen den Bürgermeister Sauerbrey ist ein Disziplinarverfahren von der Regierung eingeleitet worden. Der Bürgermeister hatte anläßlich von Verhandlungen über die Sperrung von Krediten für Notstandsarbeiten der Stadt Ohligs die Ablehnung der Gelder als „Klüngel" bezeichnet, und zwar mit Rücksicht darauf, daß Solingen erhebliche Kredite für Notstandsarbeiten bewilligt erhielt.

Maikäfer eimerweise — 10 Pfg. für das Liter.

Monheim, 6. Mai. Maikäferplage ist in Monheim dieses Jahr so stark, daß ein förmlicher Vernichtungskrieg eingeleitet wurde. Eimerweise werden die Tiere bei der Gemeindeverwaltung eingeliefert, die das Liter mit zehn Pfennig bezahlt. Bisher sind etwa 300 000 Stück abgeliefert worden, die mit Chlorkalk vernichtet werden.

—oo—

Zur Ferienordnung der Provinz Westfalen.

Die großen Schwierigkeiten, welche mit der Festsetzung mit der Ferienordnung für die Provinz Westfalen verbunden sind, werden in vielen Kreisen unserer Provinz verkannt. Seit Jahren ist diese Frage immer wieder Gegestand eingehender Beratungen seitens des Provinzial-Schulkollegiums in Verbindung mit dem Oberpräsidenten gewesen. Während in den beiden Provinzen Rheinland und Westfalen seit vielen Jahrzehnten die großen Ferien in die Monate August und Anfang September fielen, besteht in allen übrigen Provinzen Preußens eine Zweiteilung der Ferien in vierwöchige Sommerferien, die in den Monat Juli fallen, und in vierzehntägige Herbstferien von Anfang bis Mitte Oktober. Auch in der Provinz Westfalen mehrten sich in den letzten Jahren die Stimmen, welche für

Zweiteilung der Ferien

im Sinne der östlichen Ferienordnung eintreten. Um genaue Unterlagen für die Beurteilung der Frage zu erhalten, hat das Provinzialschulkollegium vor einigen Jahren bei allen höheren Lehranstalten und Städten Westfalens Feststellungen über die Zahl der Anhänger der einen oder anderen Ferienordnung veranlaßt, wobei die Direktoren der höheren Lehranstalten angewiesen waren, auch die Stellungnahme der Elternbeiräte herbeizuführen. Hierbei stellte sich heraus, daß der überwiegend größte Teil der Lehrerkollegien, der Verwaltungen und der Elternbeiräte in allen Orten Westfalens mit höheren Schulen, mit Ausnahme des östlichen Teiles unserer Provinz, die

bisherige westfälische Ferienordnung

beizubehalten wünschte, während in den Orten Westfalens, dem sogenannten Ravensberger Land die Einführung der hannoverschen Ferienordnung fast einstimmig gefordert wurde. Dieser auch von den städtischen Behörden und der Regierung in Minden gestellten Forderung ist aus bestimmten Gründen für das Ravensberger Land und die beiden Orte Berleburg und Laasphe entsprochen worden.

Auf Anregung des Provinzialschulkollegiums der Rheinprovinz ist dann vor zwei Jahren eine Teilung der großen Ferien in der Weise vorgeschla-

Harte Schädel.

Ein Roman aus dem westfälischen Volksleben.

Von Walter Engstfeld, Haspe.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Recht gerne kam der junge Sattler dieser Aufforderung nach, hatte doch sein Magen heute früh noch keinerlei Zufuhr erhalten, obschon er einige Kilometer gewandert war. Gutduftender Kaffee dazu Butter und Käse, das war etwa, worauf er wohl Appetit hatte, aber kaum gedacht, daß er es so schnell bekommen würde.

Friedrich Graßkamp hatte die Papiere durchgesehen und auch Fritz hatte einen Blick hineingetan und dieselben dann ihrem Eigentümer wieder zugereicht. Mittlerweile hatte dieser eine Brotscheibe sehr bescheiden, dünn mit Butter bestrichen und wollte sie zum Munde führen, da faßte ihn der Bauer am Arme und sagte:

„Kannst bleiben — bei gutem Wetter gehst du mit aufs Feld — an Regentagen werden die Geschirre geflickt — aber erst schmier dir mal die Butter ordentlich aufs Brot und leg' Käse darauf, so ist's Mode bei Graßkamps, ein tüchtiger Knecht muß tüchtig essen und bei dir scheints Essen gefehlt zu haben."

Der so zum Zugreifen Ermunterte legte etwas verlegen sein Brot wieder hin und befolgte die Worte seines Herrn, nachdem zuvor seine Blicke kurz die neben ihm sitzende Anne streifte — nur ein kurzer Augenblick war es gewesen, der jedoch genügt hatte, um die beiden jungen Gesichter rot werden zu lassen. Niemand hatte es bemerkt, denn eben läßt Nero draußen wiederum recht heftig seine Stimme erschallen und zeigt somit nochmals das Nahen eines Fremden an.

Doch so wütend, wie vorhin, klingt diesmal sein Gebell nicht, auch rasselt er nicht so stürmisch an der Kette und drinnen hörte man, wie Nero mit einem „Na, kusch dich, Nero!" beruhigt wird, und, gehorsam seine Kette nachschleifend, wieder in seine Hütte zurückkriecht. Im offenen Fenster erscheint darauf verschmitzt fröhlich lächelnd Kopf und Oberkörper eines Mannes, der mit einem „Guten Morgen zusammen!" die am Kaffeetisch Sitzenden begrüßt, und „Guten Morgen" schallts darauf zurück.

„Nun, Nachbar Holthaus, was gibts Neues?" fragt Schulte-Graßkamp den soeben Gekommenen.

„Hm," macht dieser, zieht gemächlich an seiner Pfeife, doch sie scheint ihm verstopft, „hm", erklingts nomal, Holthaus hat dabei in aller Seelenruhe einen Strohhalm vom Boden gehoben, den Pfeifenkopf abgenommen und prokelt und bohrt, um Luft zu machen, vergeblich — suchend blickt er sich um, da, unweit von ihm ab auf dem Boden lag ein geeignetes Holzstöckchen; dies hebt er auf, und nachdem er auch hiermit ein Weilchen an dem Pfeifenkopf herumhantiert, ward sein Bemühen von Erfolg, die Pfeife hatte endlich Luft. Holthaus stellte dies mit Behagen fest, indem er nun dicke Wolken qualmend und ohne die Pfeife aus dem Munde zu nehmen, auf die an ihm gerichtete Frage antwortete: „Laßt Euch nur nicht bei der Futterei stören, bei mir gibts nichts Neues, aber meine Lina sagte mir, Ihr hättet da eine schöne neue und praktische Säemaschine, und weil wir nun gerade da hinten auf dem Felde sind, da komme ich auf einen Sprung herüber, um mir das Dings mal anzusehen, hm" — wieder streikt die Pfeife, doch diesmal ist der Tabak alle, und Holthaus holt eine mit roter Litze umsäumte Schweinsblase umständlich aus der Tasche und stopft sie daraus aufs neue, Schwamm und Feuerstein werden auch hervorgeholt, und bald verkündet kräftiges Ziehen, neue Rauchwolken und ein eigenartiger brenzlicher Geruch und ein erneutes „hm", daß Holthaus Pfeife wieder brennt, und er setzt seinen letzten Worten hinzu: „Ich — ich bin ja nun mal garnicht für das neue Modernsche, aber Lina, die meint immer, man mußte alles mal ausprobieren — — —."

„Ja, deine Lina, das ist noch eine, die Augen für alles hat — und die weiß was sie will, sie versteht auch was, das hab' ich doch neulich gesehen, wie ihr den Weg von eurem Hof nach der Landstraße zu habt umarbeiten lassen und ihn zu euerem Felde legtet, ja — ja, gewiß, ein schön Stück Land habt ihr dadurch gewonnen und ein sauer Stück Arbeit ist es auch gewesen, die Lina hat ja mitgeschafft, hat geholfen, alle die Steine auf den alten Weg transportieren, ja, gewiß, Nachbar, 'n tüchtig Mädchen — aber eigentlich — das Stück Weg da unten an meiner Wiese vorbei — eigentlich dürft ihr über dies Stück Weg nicht so ohne weiteres fahren — das Stück gehört von Rechtswegen mir.

„Oho, Nachbar!" Holthaus nimmt die Pfeife aus dem Mund, „das wäre — das Stück Weg ist mein, da ist mein seeliger Großvater und mein Vater auch schon hergefahren, und du sagst nun, das wäre dein?" — Mit Feuerstein und Schwamm wird die plötzlich wieder erloschene Pfeife nochmals in Brand gebracht und etwas versöhnlicher fährt Holthaus fort: „Nein, nein Graßkamp, was Recht ist, muß Recht bleiben, der Weg gehört zu meinem Hof, aber ich hab mich auch schon darüber geärgert, daß die Lina immer ihren Kopf durchsetzen muß, und daß der andere Weg umgebaut werden mußte. Aber was kanns helfen, was das Mädchen will, das will sie nun einmal und — — — na —"

Holthaus zieht kräftig und läßt dasjenige, was als Vollendung seiner Worte eigentlich noch hätte folgen müssen, unausgesprochen.

„Ja, ja — meinetwegen fahr einstweilen daher, aber der Richtigkeit halber wollen wir das doch genau feststellen lassen."

„Aber wozu denn das eigentlich, Vater," sagt nun Fritz, der langsam vom Tisch aufsteht, seinen Stuhl fortstellt und nach seiner Kappe, die an einem Nagel an der Türe hing, greift, „das Feststellenlassen ist doch unnötig, den Weg können wir doch gemeinsam benutzen und in Ordnung halten, was soll da noch lange festgestellt werden. So ist es doch für Holthaus bequemer, schnell bis zur Landstraße zu kommen, und — —."

„Na — und?"

Fritz schaut Holthaus, dann seinen Vater an und sagt: „Und die Lina hat doch recht, denn was sollen zwei Wege, die zu einem Hof führen, da kann auf einem Frucht wachsen."

Die beiden Väter schauen einander an und lächeln sich gegen seitig zu. Seit langen Jahren schon bestand bei beiden der Plan, aus ihren Kindern ein Paar werden zu lassen, dann würden die schönen Anwesen vereint. In diesem Falle war es dann Graßkamp schon recht, wenn von beiden nur ein gemeinsamer Weg bis zur Landstraße führte und Fritz schien Lina gegenüber auch nicht blind zu sein, das bewiesen doch seine eben gesprochenen Worte, obwohl er sonst noch keinerlei Anstalten zu irgendwelcher Annäherung gemacht hatte.

Graßkamp gab, da nun alle gesättigt waren und aufstanden, jedem einzelnen der Knechte kurze, aber bestimmte Anweisung für die Morgenarbeit, auch Julius Kühn, der Neuangekommene, erhielt seine Beschäftigung, und als sich dann alle entfernt, Trine ihre Hantierung des Tischabräumens begannen, Anne wieder, nachdem sie ihr Kopftuch umgeschlungen, durch die Stalltür verschwunden war, wollte auch Fritz gehn um nach dem Rechten zu sehen und mitzuarbeiten, denn er war überall der Erste, und der Vater war, obschon er sich selbst nicht eingestehen mochte, daß er stolz auf seinen Einzigen, der heute schon Blick für alles hatte und der es sicher später verstehen würde, den großen, schönen Hof richtig zu verwalten und zu erhalten, wenn er selbst alt geworden, sich zur Ruhe setzen wollte. —

(Fortsetzung folgt.)

gen worden, daß die Hauptferien, 4½ bis 5 Wochen, in den Monat August bis Anfang September fallen, und in der Zeit zwischen den Herbstferien und Weihnachten gegen Ende Oktober bis Anfang November noch kürzere Ferien von 8 bis 10 Tagen eingeschoben werden. Diesem Vorschlage hat sich die Provinz Westfalen in diesem Jahre angeschlossen, sodaß Rheinland und Westfalen, wie es früher stets der Fall war, in Zukunft wieder stets dieselbe Ferienordnung haben werden. Da die diesjährigen großen Ferien in Rheinland und Westfalen bereits am 27. Juli beginnen, so endet das gegenüber dem früheren Anfang, etwa gegen den 6. bis 10. August, schon eine wesentliche Verbesserung. Schon aus wirtschaftlichen Gründen ist eine Vereinheitlichung der Ferienordnung für ganz Preußen undurchführbar. Denn während heute sich der Besuch der Sommerfrischen und Bäder auf die Zeit von Anfang Juli bis Anfang und Mitte September verteilt, würde sich dieser bei einer einheitlichen Ferienordnung im Sinne der östlichen Ferien auf den Monat Juli zusammendrängen, was eine ungeheure Preissteigerung zur Folge haben müßte, wenn überhaupt die Unterbringung so vieler Erholungsbedürftiger mit Einschluß der Schulkinder möglich sein sollte. Auch würden viele Unternehmungen in unseren deutschen Bädern und Sommerfrischen in ihrer Existenz aufs schwerste bedroht sein, wenn sie statt der bisherigen Besuchszeit von acht bis zehn Wochen, vom 1. Juli bis fast Mitte September, nur mit einer solchen von vier Wochen im Monat Juli rechnen könnten.

Der wiederholt gemachte Vorschlag, einen Wechsel in der Ferienordnung zwischen dem Westen und dem Osten unseres Staates eintreten zu lassen, dürfte auf den einmütigen Widerstand der anderen Provinzen stoßen, wobei die im fernen Osten gelegenen Provinzen auch Gründe klimatischer Art für die Beibehaltung ihrer bisherigen Ferienordnung anführen könnten. Abgesehen davon, daß uns ein derartiger, etwa alle drei Jahre eintretender Wechsel aus verwaltungstechnischen Gründen undurchführbar zu sein scheint, sind wir auch nicht in der Lage, von uns aus auf die Behörden der mittleren und östlichen Provinzen in dem Sinne eines Wechsels der Ferienordnung einzuwirken. Das würde vielmehr Sache der in Frage kommenden Ministerien sein, die allein befugt sind, für ganz Preußen einheitliche Bestimmungen zu treffen. In bezug auf die Zweckmäßigkeit der westfälischen und rheinischen Ferienordnung gehen die Ansichten weit auseinander, und es dürfte nach dieser Richtung hin wohl kaum eine Uebereinstimmung der Meinungen herbeizuführen sein.

Neben den oben genannten Gründen für die **Beibehaltung der bisherigen rheinisch-westfälischen Ferienordnung** können auch schultechnische Gründe mancherlei Art angeführt werden. Es ist nicht zu verkennen, daß die in der östlichen Ferienordnung vorgesehene häufige Unterbrechung des Unterrichts von Juni bis Oktober eine gewisse Unruhe in den Schulbetrieb hineinbringt, die wohl geeignet ist, auf den Fortschritt im Unterricht hemmend einzuwirken. Auch wird wohl hervorgehoben, daß nach der verhältnismäßig kurzen Arbeitszeit von Mitte April bis Ende Juli von Uebermüdung und Abspannung weder bei Schülern noch bei Lehrern die Rede sein könne.

Außerdem wird von den Anhängern der rheinisch-westfälischen Ferienordnung auf den Vorteil der längeren, fünf Wochen dauernden Ferien hingewiesen, die es den Lehrern und Lehrerinnen ermöglichen, zu ihrer weiteren Ausbildung, z. B. als Neusprachlehrer, einen längeren Auslandsaufenthalt zu nehmen, was nach der jahrelangen durch den Krieg und unsere Wirtschaftslage veranlaßten Unterbrechung den Auslandsbesuche besonders für den jungen Lehrernachwuchs als eine Notwendigkeit bezeichnet werden muß, und wovon in den letzten Jahren in immer steigendem Maße Gebrauch gemacht wird.

Aus den angeführten Gründen muß davon abgesehen werden, eine Aenderung in der Ferienordnung Westfalens herbeizuführen.

—oo—

Evangelische Presse und Bucharbeit.

Am 3. Mai veranstaltet der Evangel. Volksdienst für Westfalen, Lippe und Waldeck eine Tagung für alle in der evangel. Presse- und Bucharbeit interessierten Kreise in Hamm i. W., Evgl. Vereinshaus, Alleestraße. Beginn 1.30 Uhr. Folgende Vorträge werden gehalten: „Probleme, Organisation und Tätigkeit einer synodalen Pressekommission", von W. Spieker-Dortmund; „Aufgaben der kirchlichen Presse in der gegenwärtigen journalistischen Situation", von Dr. Lüpsen-Berlin; „Die Notwendigkeit und Bedeutung einer evangelischen Buchgemeinde im Rahmen der literarischen und religiössittlichen Volksbildungsarbeit", von Dr. Braun-Berlin; „Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines evangel. Büchereiverbandes in Westfalen", von P. Winckler-Witten.

—oo—

Kunst und Wissen.

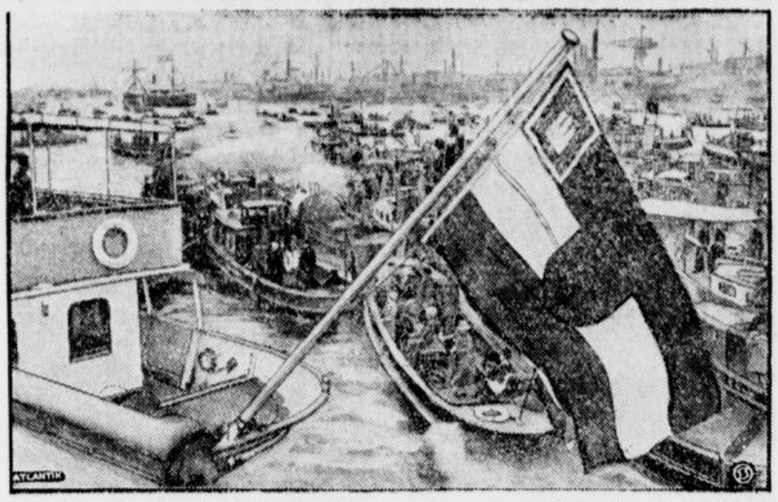
Die Römersiedlung unter dem Kölner Stadion.

1800 Jahre alte Bauten.

Köln, 30. April. Zu den Römerfunden bei Köln hören wir: Vor etwa fünf Wochen stieß man bei Ausschachtungsarbeiten für das Kölner Stadion auf alte Mauerreste, bei denen sich bald herausstellte, daß man es mit einer alten römischen Siedlung zu tun habe. Im Laufe der Zeit sind **acht Baulichkeiten freigelegt worden. Das** Hauptgebäude stellt sich als ein altes römisches Herrenhaus dar, das recht gut erhalten ist. Es handelt sich um ein Gebäude mit vier Ecktürmen, das einen großen Wohnraum mit 4 umliegenden kleineren Räumen, dazu mit Küchen, umfaßt. In einer derselben ist die Herdanlage ziemlich gut erhalten. Außerdem befindet sich im Hause eine vollkommene Badeeinrichtung mit Heizung. Der Bodenbelag im Baderaum ist ebenfalls völlig erhalten. Es handelt sich um einen Doppelboden, dessen Zwischenraum mit heißer Luft geheizt wurde. Neben dem Hauptbaderaum umfassen die Anlagen noch fünf verschiedene kleinere Räume, wie Ankleideraum, Schwitzbaderaum usw. Die Kanalisation im Hause ist so komplett erhalten, daß sie den Eindruck macht, als ob sie erst im vorigen Jahrhundert angelegt worden ist. Die Wandbekleidung in verschiedenen Räumen des Herrenhauses ist gut konserviert. Die Kellerräume sind vollkommen erhalten geblieben. Im Kellerraum sieht man verschiedene Nischen, in denen die Familie ihre Weine gut erhalten konnte. Die Bauperiode ist wissenschaftlich einwandfrei festgestellt, und zwar auf die Jahre 100—120 n. Chr. Das Hauptgebäude ist später um das Jahr 250 n. Chr. erweitert worden.

—oo—

Zum Besuch des Reichspräsidenten von Hindenburg in Hamburg.



Die Staatsjacht „Hamburg" (links im Hintergrunde unseres Bildes), mit welcher der Reichspräsident, von unzähligen Booten begleitet, eine Hafenrundfahrt unternahm.

Vermischtes.

Wer es am besten kann.

Sie saßen zusammen nach einer kleinen Gesellschaftsjagd und tranken und lateinerten, daß sich die Balken bogen. Nur wenige Hasen waren zur Strecke gebracht, aber jeder der Gäste hätte gern einen mit heimgenommen. Da kam plötzlich der Jagdherr, so wird in der Jagdwochenschrift „St. Hubertus", Cöthen (Anh.), erzählt, der nicht selten an etwas eigenartigen Einfällen litt, zu dem Entschluß: Der am besten lateinert, bekommt einen Hasen ab! Und nun ging's los. — Im Nebenzimmer, hinter dem gemeinsamen Ofen, hinter der dünnen Blechwand, saß der Dorfpfarrer beim Dämmerschoppen und hörte den Jagdgeschichten der fremden Jäger zu. Mehr als einmal hatte er den Kopf geschüttelt, denn oft war's nicht nur ein „klassisches Latein", sondern auch ein starker Tabak Jägerpaprika! Da plötzlich erhob sich der Pastor und ging zu den Jägern ins Nebenzimmer. „Guten Abend, meine Herren! Aber hören Sie mal, ich hörte Ihre Erzählungen. Wie kann man nur so fürchterlich lügen! Ich habe in meinem Leben noch nie gelogen." — Schnell sprang der Jagdherr auf, ergriff einen Hasen und überreichte ihn dem Pastor mit den Worten: „Hochwürden, hier den Preis. Sie haben ihn errungen!" Unter allgemeinem Gelächter verließ der geistliche Herr das Zimmer.

Bolschewistische Schachfiguren.

Die Russen sind bekanntlich eifrige Schachspieler; sie stellten seit jeher hervorragende Vertreter zu den großen Meisterschaftswettpämpfen, so Tschingorin, der in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts große Erfolge erstritt, dann in jüngste Zeit v. Rubinstein, Bogoljubow und Aljechin, um nur einige Namen zu nennen. Aber sie sind schließlich überzeugte Bolschewisten. Und da kann man es verstehen, daß es ihnen von Grund aus zuwider ist, wenn sie mit Figuren umgehen müssen, die den verpönten Namen „König" und „Königin" führen. Darum hat man sich kurzerhand entschlossen, den Schachfiguren andere Namen zu geben: so soll der König künftig Narkom nach einem bekannten Sowjetführer genannt werden. Die Königin aber wird den Namen Setkina führen, und zwar — man höre und staune! — nach der bekannten Abgeordneten Klara Zetkin. Alle übrigen Figuren werden gleichfalls ihre Namen ändern; nur die Bauern dürfen Bauern bleiben.

—oo—

Aus dem Schatzkästlein des Wissens.

Faultiere bilden eine nur im tropischen Südamerika vorkommende Familie von Säugetieren, die sich nur kletternd fortbewegen können und daher fast ausschließlich auf Bäumen leben. Es sind stupfsinnige, langsame Nachttiere, die den ganzen Tag meist unbeweglich, den Kopf nach unten, an einem Ast hängend, zubringen.

*

Finnland trägt seinen Beinamen „das Land der 1000 Seen" daher, daß **11 Proz. seiner Gesamtbodenfläche von kleineren oder größeren Seen** bedeckt sind, wozu noch eine doppelt so große Fläche hinzukommt, die von Sümpfen und Moorgebieten eingenommen wird.

*

Oderint dum metuant „mögen sie hassen, wenn sie nur fürchten" aus der Tragödie „Atreus" des Accius war schon im Altertum ein oft zitiertes Wort. Cicero und Seneca gebrauchten es häufig, **und es wurde schließlich das Lieblingswort des Kaisers Caligula in bezug auf seine Umgebung.**

*

Affenartige Geschwindigkeit. Dieses Wort hat einen historischen Hintergrund; es wurde im Juni 1866 von der „Wiener Presse" geprägt im Hinblick auf den überraschend schnellen Anmarsch der preußischen Armee.

*

Matthäi am Letzten sein, volkstümliche Bezeichnung für „seinem Ende oder seinem Niedergang nahe sein", geht zurück auf den letzten Vers des Evangeliums Matthäi „bis an der Welt Ende". Nach einer anderen Deutung soll das Wort nur eine Verballhornisierung von „matt sein" darstellen.

*

Vampire nennt ein uralter slavischer Volksaberglaube die Geister Verstorbener, die nachts aus dem Grabe steigen und den Lebenden solange das Blut aussaugen, bis man die Leichen wieder ausgräbt und ihr Herz mit einem Pfahl durchbohrt. Auch der jetzt fast vergessenen Marschnerschen Oper liegt der gleiche Sagenstoff zugrunde.

*

Potemkinsche Dörfer ist ein Sprachbild für falsche Vorspiegelungen, die eine unangenehme Wahrheit verhüllen sollen. Der Ausdruck ist auf ein Manöver des russischen Staatsmannes Potemkin zurückzuführen, der der Kaiserin Katharina den Wohlstand ihres Reiches zeigen wollte, und ihr auf einer Reise durch kulissenartige Aufbauten statt des tatsächlichen Elends blühende bäuerliche Siedelungen vorzauberte.

Barcelona.

Reiseerlebnisse einer deutschen Frau.

Von Editha Kühn, Bautzen.

In der Dreiviertelmillionenstadt Barcelona ist beides vorhanden: Altertümliches und Modernes. Wenn man von Zaragoza aus auf der Estacion Francia ankommt, hat man sofort den Eindruck der Großstadt. Der Paseo de Colon dehnt seine breiten, palmenumsäumten Promenadenwege zwischen hohen, stattlichen Häusern hin bis zur Columbussäule, die ähnlich aufragt wie die Nelsensäule in London. Die Columbusgestalt ist weithin sichtbar, über den Hafen, über die Rambla, wie die Hauptstraße der alten Stadt heißt, bis zu den Bergen, die Barcelona umrahmen.

Alles, was der Großstädter für unentbehrlich hält, zieht sich in bunter Folge zu beiden Seiten der Rambla hin: Theater, Kirchen, Kasernen, Hotels, Läden, Cafés, Kabaretts, Kinos. Unter den Platanen auf dem breiten Mittelweg herrscht echt spanisches Gedränge. Ein menschliches Durcheinander flutet zwischen der farbenfrohen Umrahmung der Blumenstände dahin. Deutsche Zeitungen, Luftballons, Vögel, Früchte werden auf der Rambla verkauft.

Hat man sich endlich durch das Gedränge der Rambla hindurchgearbeitet, so kann man auf einem großen freien Platz Luft schöpfen. Diese Plaza de Cataluna ist der Mittelpunkt der Stadt. An den Geländern, auf den Bänken, überall, wo sich nur eine Gelegenheit findet, lehnen und sitzen Soldaten und Männer aus dem Volke mit der Fülle von Zeit, welche die Südländer stets für ruhiges Schauen übrig haben.

Wir fahren mit einer der vielen Straßenbahnen, die von der Plaza ausgehen, nach dem Mont Juich. Von seinem Friedhof aus schauen wir weit über das Mittelländische Meer. Die Toten werden in Barcelona in Mauernischen übereinander eingemauert, wie die ersten Christen in den Katakomben in Rom. In der heißen Sonne trocknen die Körper bald zu Mumien zusammen.

Gegen Abend schlendern wir durch die Rondas, die Ringstraßen der Altstadt, nach dem Paseo de Gracia, der eleganten Flanierstraße Europas. Unter den vierfachen Platanenreihen wandeln zwischen 7 und 9 Uhr Tausende auf und ab. Wir nehmen uns Korbstühle am Rande der Promenade und beobachten die eleganten Kavaliere und die Schönen der Stadt, die hier weniger Mantillas tragen, als die Frauen Andalusiens oder die Damen Madrids. Die Bürgermädchen lustwandeln in Gesellschaft der Mama oder einer Dienerin, um sich Appetit zu holen für das in Spanien so reichliche Abendessen. Auf dem Fahrdamm wogt der Korso eleganter Wagen und Autos. Zu noch lebhafterem Leben erwacht Barcelona erst nachts zwischen 12 und 3 Uhr. 12.30 Uhr beginnen in den ersten Cafés die Konzerte.

Mit einem Gefühl der Erleichterung kehren wir von diesen modernen Bauphantastereien zu den alten schönen Gebäuden des Mittelalters zurück. Wir suchen den Teil der Altstadt auf, wo sich das liberische Bircino ausdehnte, dort, wo sich die Römer zuerst um den Hügel ansiedelten, den jetzt die Kathedrale krönt.

Die Gotik der Kathedrale von Barcelona hat etwas Berauschendes. Sie ist voll Leben und Affekt. Ihre Formen drücken höchstens Pathos aus. Gerade steigt eine Hochzeitsgesellschaft zur Trauung in die Kapelle der Schutzpatronin von Barcelona, der heiligen Eulalia, hinab. Dort leuchten Kerzen. Die hellen Kleider der Brautjungfern geben dem ernst feierlichen Raume einen heiteren Ton der Lebensfreude.

In der Nähe der Kathedrale bewundern wir die gotische Front des Rathauses und ein Ständehaus im Renaissancestil. Vorbei an offenen Läden, Brunnen, schönen Höfen und alten Herrensitzen führen mich meine deutschen Freunde auf den Gemüse- **und Fischmarkt. Meine Freunde erzählen mir von** der eigentümlichen Wach- und Schließgesellschaft, die es in Barcelona gibt. Wer nachts den Hausschlüssel vergessen hat, braucht bloß in die Hände zu klatschen. Sofort eilt der Wächter herbei, drückt ihm eine Kerze in die Hand, nimmt das Trinkgeld in Empfang und verschwindet. Von diesem nützlichen Beamten kann man au chauf Wunsch geweckt werden. Zur rechten Stunde erscheint er dann vor dem Hause und bearbeitet mit seinem Stock das Pflaster. Bei mir war das nicht nötig; denn ich wohnte in einem einfachen Hotel der Altstadt, wo der Hausknecht das Wecken besorgte. Dort waren die Zimmer sauber, aber sehr primitiv. Doch das Essen war gerade so vorzüglich wie in den großen Hotels, wo ich sonst zu wohnen pflegte, deren Pensionspreise das Dreifache betrug. Mir sagte dieses Hotel besonders zu, weil ich dort Gelegenheit hatte, die einfacheren Volksklassen kennen zu lernen: Viehtreiber, Bauern, Dienstmänner, Soldaten. Bei Tisch waren alle Cabarellos, aßen mit guten Manieren das reichhaltige Menü und tranken Wein. An manchen Tischen ging ein Rundtrank herum, in einem seltsamen Glasgefäß, das sie „die Großmutter" nannten. Es sah ungefähr wie eine Ente aus. Ohne mit dem Munde die halsförmige Oeffnung zu berühren, ließen sich die Männer mit großer Geschicklichkeit den roten Strahl in hohem Bogen in den Mund spritzen. Sie boten es mir auch an; ich dankte aber.

Meine deutschen Freunde zeigten mir noch den schönsten Blick auf Barcelona vom Berg Tibidabo. Wir fuhren mit der Straßenbahn durch die neuen Stadtteile, die sich im Halbkreis um die alte Stadt legen. In ihnen offenbart sich Barcelonas Reichtum. Alle Straßenecken sind abgestumpft, so daß die Häuserblocks Achtecke bilden und an den Straßenkreuzungen kleine Plätze entstehen. Die Gran Via Arguelles durchschneidet als „Diagonale" die neue Stadt. Von dem Villenvorort Sarria stiegen wir über Vallvidrera bergan, vorbei an blühenden Gärten. Dann ging es durch Pinienwaldungen höher hinauf. Es war Sonntag, und wir trafen viele Ausflügler, manche Männer mit der roten Katalanenmütze. Wanderer mit Rucksäcken tauchten hier auf, ein Anzeichen dafür, daß in Barcelona Deutsche wohnen. 40 000 sollen es sein. Man hörte auch öfters unterwegs Deutsch reden. Die Deutschen in Barcelona haben es meist als Keufleute zu etwas gebracht, obwohl sie es mit den Katalanen nicht so leicht haben. Denn die sind, wie mir ein Deutscher sagte, ganz verflixte Katzen, denen nicht weit zu trauen ist, abgesehen davon, daß sie der arbeitsamste und unternehmendste Volksstamm Spaniens sind.

Die „Muschel von Barcelona" schimmerte in der Nachmittagssonne, als wir von der Tibidabohöhe herabsahen auf das Häusermeer, auf die Halbinsel Barceloneta, auf die Hafenanlagen, auf die Dörfer und Berge. Landwärts grüßten die bewaldeten Höhen des Gralsberges Montserrat herüber. Vom beweglichen Aussichtsturm glaubten wir das weite Meer bis zu den Balearen und nördlich am Horizont die Schneegipfel der Pyrenäen zu sehen. Erst als es dunkelte, stiegen wir langsam hinab, dem Lichtermeer von Barcelona entgegen.

Das Erlebnis von Barcelona ist nun vorüber. Und sollte es entschwunden sein auf immerdar, so wird doch stets ein heller, freundlicher Schein in einem kleinen Winkel des Gedächtnisses zurückbleiben: das Gedenken an die Volksgenossen, die ich dort traf, und an das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das uns Deutsche im Ausland verband.

Jenen Freunden in der deutschesten Stadt Spaniens, ihnen, die Rat und Hilfe für ihre Landsleute bereit haben, die in der Fremde ihre deutschen Volkslieder singen, die deutsche Art mit der Ritterlichkeit der Kastilier verbinden, ihnen sei gedankt.